

Volks-Tribüne.

Sozial-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh.
 Abonnementspreis für Berlin monatlich 50 Pf. pränumerando (frei in's Haus).
 Einzelne Nummer 15 Pf.
 Durch jede Post-Anstalt Deutschlands zu beziehen. (Preis viertelj. 1 Mk. 50 Pf.)

Redaktion und Expedition:
 80. (26), Elisabeth-Ufer 55.
 Ausgabe für Speditoren:
 „Volksblatt“, Weusthstr. 3.

Inserate werden die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet.
 Vereins-Anzeigen: 15 Pf. — Arbeitsmarkt: 10 Pf.
 Inseraten-Annahme in der Expedition: Elisabeth-Ufer 55.
 Die „Berl. Volks-Tribüne“ ist unter Nr. 898 der Zeitungs-Preisliste eingetragen.

Nr. 29.

Sonnabend, den 18. Juli 1891.

V. Jahrgang.

Politische Notizen. — Die Vollmarsche Rede. — Alter oder neuer Kurs? — Arbeiterbudgets. — Die Schweizerische Unfall-Statistik.

Gedicht. — Novelle. — Beiträge zur deutschen Kultur- und Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts. III. — Der Agrarkommunismus in Graubünden und sein Untergang. II. — Die Politik Napoleons I. — Verschiedenes.

Der erste Halbjahrgang 1891 ist vollständig in dem Preise von 3 Mark zu beziehen.
 Jahrgang 1890 zu dem ermäßigten Preise von 3 Mark.

Politische Notizen.

Am Dienstag nahm in Magdeburg eine von 3000 Personen besuchte sozialistische Volksversammlung nachstehende Resolution an:

„Die Parteigenossen Magdeburgs, fußend auf dem Prinzip der Demokratie, erklären sich für vollständig freie Meinungsäußerung innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Aus diesem Grunde verurteilt die Versammlung das fast einmütige Vorgehen der sozialistischen Presse Parteigenossen gegenüber, die zuerst durchdrungen von der Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen in allen Ländern die öffentliche Aufmerksamkeit und Kritik auf die persönlichen Ansichten des Genossen Vollmar lenken und dadurch vielfach mit den beleidigenden Ausdrücken „Aliaque“ und „Krahehler“ belegt wurden. Ferner würde die Versammlung es bedauern, wenn die „oppositionellen Elemente“ eine neue Partei gründen würden, da sie vielmehr der Ansicht ist, daß in der sozialdemokratischen Partei alle Schattierungen des um seine Befreiung ringenden Proletariates, soweit sie sich zu sozialdemokratischen Grundsätzen bekennen, vertreten sein können.“

— Das Schweizervolk hat sich über die Einführung der Initiative in die Bundesverfassung in bejahendem Sinne schlüssig gemacht. Der angenommene Artikel besieht im Wesentlichen darin, daß 50 000 Bürger einen endgültig redigierten Verfassungsartikel einreichen können, der von der Bundesversammlung nicht mehr verändert werden darf. Dagegen hat diese die Befugniß, entweder die Verwerfung des Initiativ-Entwurfes zu beantragen, oder einen selbständigen Entwurf vorzulegen. Beide Entwürfe sind dem Volk und den Kantonen zur Abstimmung zu unterbreiten.

— Eine sehr humoristische Erscheinung ist die **Polonisation Oberschlesiens**. Die „Magdeb. Zeitung“ läßt sich darüber aus Oberschlesien schreiben:

Zum Jahre 1867 gab es in 19 ober-schlesischen Kreisen des Regierungsbezirks Oppeln 865 860 Polen, 1886 dagegen rund 980 000 Köpfe, wovon 159 277 Schulkinder, die in der Familie nur Polnisch, und 22 197, die neben dem Polnischen auch deutsch sprechen. Dagegen ist die Zahl der Deutschen in Oberschlesien in nur geringem Maße gewachsen. Im Jahre 1867 lebten in Oberschlesien rund 410 000 Deutsche, 1886 nur erst 400 000! Diese Zahlen beweisen, daß die in den letzten Jahrzehnten für deutsche Kulturarbeit angewandten Mittel so gut wie ergebnislos gewesen sind. Auch das Ausbreiten der in polnischer Sprache erscheinenden ober-schlesischen Blätter beweist dies. Der „Katholik“ allein zählt in Oberschlesien 14 000 Abonnenten, das Arbeiterblatt „Praca“ 10 000, das belletristische Blatt „Swiatlo“ 9000. Außerdem erscheinen in Kattibor schon seit neun Jahren die „Nirwiny Kattiborskie“ und in Oppeln seit etwa neun Monaten die „Gazetta Opolska“ die sich ebenfalls schon einer weiteren Verbreitung erfreut. Die Zahl der spezifisch polnischen Vereine ist fortgesetzt im Wachsen begriffen. Erst neulich hat sich unter dem Namen: „Schlesischer Verein zur wissenschaftlichen Förderung der polnisch-katholischen Jugend unter dem Schutze des gebenedeiten Gjedlaw“ ein neuer Ableger des ober-schlesischen polnischen Vereins, begründet zu dem Zwecke, katholische begabte, arme polnische Jünglinge Schlesiens, welche sich dem geistlichen, ärztlichen oder Advokatenstande widmen wollen, ohne die polnische Sprache zu vernachlässigen, mit Geldmitteln zu unterstützen. Auf diese Weise sollen in den Reihen der gebildeten Stände Oberschlesiens Pioniere des Polenthums geschaffen werden.

Die Sache ist sehr sonderbar. Seit 600 Jahren hat Oberschlesien nichts mit Polen zu thun, und hat seit dieser Zeit immer zu einem deutschen Gemeinwesen gehört. Durch Chikanierung der „Polacken“ (das preussische Germanisierungsmittel) hat man den armen Teufeln von jeder

das Leben schwer gemacht, durch Schulmeister und Pfaffen hat man versucht, die polnische Sprache auszurotten, viele Millionen hat man ausgegeben, um diesen Zweck noch auf andere Weise zu erreichen — und siehe da, die polnische Bevölkerung vermehrt sich.

Des Rätchfels Lösung ist sehr einfach. Der polnische Arbeiter ist billiger als der deutsche. Und so läßt der patriotische preussische Bourgeois denn vergnügt den deutschen Arbeiter aus dem Lande ziehen und holt sich den polnischen herüber.

— **Arbeiterchutzgesetz in England.** Das englische Parlament nahm den Antrag Mr. Burton's in dritter Lesung an, und wird demgemäß das Alter von Kindern, die in Fabriken beschäftigt werden dürfen, statt wie bisher mit 10, auf 11 Jahre festgesetzt.

— **Herr Baare und sein Prozeß** geben uns wieder einigen Anlaß zur Verwunderung.

Wie wir voraussehen, ist der brave Mann natürlich unschuldig verleumdet worden; wie die Zeitungen berichten, haben sich bis jetzt nur gegen drei Betriebsbeamte gravierende Umstände ergeben. Wir schreiben schon den 13. Juni: „Natürlich wird die Untersuchung ergeben, daß es Herr Baare nicht gewesen ist, sondern irgend eine untergeordnete Persönlichkeit“. Wir haben schon von vorn herein die Schuldlosigkeit des Mannes anerkannt, kein Engel ist so rein, und uns nicht an den Hekereien einer abel gesinnten Presse gegen diese hochverdiente Persönlichkeit betheiliget.

Aber wir meinen, daß man doch dieser übelgesinnten Presse keinen Anlaß geben sollte zu ihren Invektiven. Herr Fusangel ist aufgefordert, sofort seine Gefängnisstrafe anzutreten, und dieser verleumderische Mann behauptet jetzt natürlich, daß dadurch „der Gang der Untersuchung verschleppt werde“, zumal man ihn zur Verbüßung seiner Strafe nach Duisburg schicke, während man ihn auch in Bochum interniren könne. Herr Fusangel behauptet auch, als er beim Staatsanwalt die Denunziation eingereicht habe, wäre es möglich gewesen, wenn man schnell nach seinen Beschreibungen gehandelt hätte, eine Menge der gefälschten Stempel in natura durch eine Haussuchung zu erlangen, die jetzt natürlich in den Schmelzöfen gewandert seien. Solche Dinge behauptet so ein verleumderischer Redakteur!

— Eine Verleumdung wird es auch sein, daß die **Königlich preussische Polizei** Herrn von Bleichröder gehalten habe, seine Maitresse fort zu spediren, wie das der Antisemit Ahlwardt in seinem neuen Buch behauptet. Wir sind fest überzeugt, daß die betreffenden höheren Beamten, namentlich Herr v. Madai, der direkt genannt ist, einen Verleumdungsprozeß gegen Ahlwardt anstrengen werden. Außerdem wird Herrn von Bleichröder vorgeworfen, einen Falschheid geleistet zu haben. Bleichröder war bekanntlich Bismarcks Geliebter, bei dem der eiserne Kanzler auch seiner Zeit mit Hilfe von Staatsgeldern mit „gründen“ hat helfen sollen — wie wenigstens Wehlsen behauptete; da Bismarck bloß einen formalen Beleidigungsprozeß, merkwürdiger Weise, anstregte, so ist die Wahrheit leider nicht gerichtlich festgestellt. Der Ehrliche wird ja so oft verleumdet!

Natürlich ist es vollständig ausgeschlossen, daß ein Antimus von unserem theuren Reichskanzler einen Falschheid geleistet haben sollte, eben so wenig wie er Schienen stücken kann.

— **Unsere französischen Genossen Lafargue und Culine** sind verurtheilt, weil die Ordnungsbefehle in Fourmies die Soldateska auf die wehrlosen Arbeiter losgelassen hat; Lafargue zu einem Jahr, Culine zu sechs Jahren Gefängniß.

Der „Socialiste“, unser französisches Parteiorgan, schreibt darüber:

„Um sich die Mordthaten zu Fourmies abzuschütteln und sie den Sozialisten aufzubängen, hat diese elende Regierung in der elendesten Bourgeoisrepublik Culine und Lafargue vor zwölf Bourgeois geschleppt, die sie zu Geschworenen gemacht hatte. Und wer verurtheilt ohne Widerruf aus dem Geschworenengericht von Douai tritt, das ist der Constans, das ist die ka-

pitalistenklasse, die nur noch über Lafaien und Lumpen Gewalt hat.

Bergeblüch hat man falsche Zeugen zusammengerottelt, und versucht, mit Polizeihäuflein den Mund der Hunderte zu stopfen, welche die Wahrheit schrieten.

Die Mörder sind die Unternehmer von Fourmies, welche, mit einer einzigen Ausnahme, einstimmig Lafargue und Culine, welche die friedliche Manifestation des 1. Mai organisirten, mit einem provokatorischen Zirkulare antworteten, einer effektiven Kriegserklärung.

Die Mörder sind der Gemeindevorstand, welcher, damit diese Unternehmerprovokation Erfolg haben sollte, in Avesnes gewesen ist, um unsere armen Soldaten von ihrer Pflicht gegen die nationale Verteidigung abspenstig zu machen, die aufgeboten sind gegen die Arbeiter, deren Fleisch und Blut sie sind.

Der Mörder ist der Unter-Constans Isaac, der ohne Zögern, trotzdem er in seinem Amtsblatt gezwungen war, den gefehlichen Charakter der vorbereiteten Manifestation zu proklamiren, die Truppe geliefert hat, obgleich er den mörderischen Gebrauch kannte, der von ihr gegen die Manifestirenden gemacht werden sollte.

Der Mörder ist der Befehlshaber Chapuis, der den Kopf vertor und die Frauen und Kinder, welche mit blühenden Malen bewaffnet waren, für pommerische Grenadiere hielt und Befehle für Sedan in der Brust der Arbeiter gesucht hat, welche sich ungeschützt seinem Peletonfeuer darboten.

Alles Mörder!

Sogar bürgerlichen Zeitungen in Deutschland — bürgerlichen Zeitungen in Deutschland! ist die Justizfarce, die sich hier abgespielt hat, zu toll. Von den anständigen Blättern haben wir kein einziges gefunden, das sich billigend ausgedrückt hätte.

Die Vollmarsche Rede.

Wir haben über die Affaire Vollmar absichtlich bis jetzt nichts gebracht, da wir erst abwarten wollten, bis sich die Dinge einigermaßen geklärt haben.

Am 1. Juni hat der Abgeordnete Vollmar unter dem Titel „Die Entwicklung der Sozialdemokratie unter dem neuen Kurs“ in einer öffentlichen Versammlung der sozialdemokratischen Partei in München eine sehr sonderbare Rede gehalten.

In der auswärtigen Politik huldigt Vollmar der Ansicht:

„Wir treten für den Dreibund ein, weil wir die Triple-alliance für etwas verhältnismäßig Gutes halten, denn der Dreibund hat sich bereits als Friedensbund erwiesen. Die Idee der Internationalität hebt den nationalen Gedanken nicht auf (Vogit?!). Wird unser Vaterland angegriffen, so wären alle Parteien einig, und wir Sozialdemokraten wären nicht die letzten, namentlich wenn es gegen einen Feind geht, der jede Kultur beföhdet, nämlich gegen Rußland.“

In der inneren Politik trägt er einen geradezu rührenden Optimismus zur Schau:

„Die heutige veränderte Stellung der Parteien sei ein Ergebnis des veränderten Kurzes der Regierung, welche mit Unrecht behauptet, der Kurs sei der alte geblieben. Die alte Erstarrung unseres Staatslebens ist gewichen, reiche und mangelhafte Kräfte keimen empor, der hartnäckige Widerstand, selbst auf die Gefahr hin, die Sache auf die Spitze zu treiben — bekanntlich wollte Bismarck am liebsten die Spitze schießen und den Sabel hauen lassen — ist verschwunden. Wir haben sogar kleine Zugeständnisse errungen. Unsere Macht reißt in der hinter uns stehenden öffentlichen Meinung, welche wir vor Aushebung des Sozialistengesetzes versprochen haben, nämlich, wenn dieses fällt, mit den andern Parteien und der Regierung auf Grund des gemeinen Rechts zu verhandeln. Wo wir den Anlaß zu einem guten Willen finden, müssen wir ihn stärken. Ueber die Zukunft dürfen wir das Nächste nicht vergessen.“

Als die nächsten Ziele bezeichnet Vollmar:

1. die Weiterführung des Arbeiterschutzes; 2. die unbeschränkte Koalitionsfreiheit; 3. Böswilligen Unternehmern muß ein Riegel vorgeschoben werden.“

Wir müssen die Arbeiterverbände zu einer den Unternehmervereinigungen gleichwertigen Macht erheben. Jetzt ist die Zeit, wo wir uns in der Geduld und Selbstzucht üben müssen.

Wir haben einzelne Punkte der Rede bereits in den Leitartikeln der beiden letzten Nummern behandelt. Die Phrase vom Friedensbund will gar nichts sagen, denn erstens ist der Dreibund widerstandsunfähig, und zweitens wird er es desto mehr, je länger dieser faule Frieden dauert. Der Effekt dieses „Friedensbundes“ wird schließlich der sein, daß er dem europäischen Proletariat die russische Kautenherrschaft ausludet. Die Scheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg ist mehr wie

nau; das mag eine Unterscheidung sein, welche für die Geschichtsbetrachtung auf höheren Lehranstalten Werth hat, wo man etwa über die Frivolität des französischen Angriffs vor 1870 donnern kann, aber bei ernsthaften Angelegenheiten sollte man sich doch erinnern, daß das ein rein formaler und zufälliger Unterschied ist. Das Pathos gegen das offiziöse Frankreich scheint uns auch wenig angebracht, wenn man bedenkt, daß die drohende franco-russische Allianz doch nur die notwendige Folge der Annexion von Elsaß-Lothringen ist. Aufgabe wäre es aber gewesen, unsere Solidarität mit dem nichtsozialistischen Frankreich zu betonen. Wie wir in dem Artikel „Der Dreibund und das Proletariat“ schon behauptet haben, würden dahingehende Aeußerungen der Sozialdemokratie eine starke PreSSION auf die Regierung ausüben und eventuell eine politische Annäherung an Frankreich erleichtern. Wir müssen aber Frankreich als Bundesgenossen haben, wenn wir nicht wollen, daß im nächsten Krieg Rußland uns besetzt und dann mit leichter Mühe jede Regung des Proletariats unterdrückt. Redet man natürlich: „Wir treten für den Dreibund ein, und sind im Fall eines Angriffskrieges nicht die letzten,“ so wird man freilich nur den Erfolg erzielen, daß die alte Bismarcksche äußere Politik fortgesetzt wird.

Genau dasselbe Urtheil gilt von den Aeußerungen über die innere Politik. Wer seine fünf gesunden Sinne hat, der kann unmöglich etwas von einem „neuen Kurs“ merken. Daß die Aufhebung des Sozialistengesetzes irgend etwas zu bedeuten habe, kann kein Mensch behaupten. Der einzige Unterschied zwischen jetzt und der letzten Zeit des Sozialistengesetzes ist der, daß einige Leute wieder ihren Wohnsitz aufschlagen können, wo sie wollen, und daß gewisse Bücher, die früher heimlich verkauft wurden, jetzt öffentlich verkauft werden.

Die Aufhebung des Sozialistengesetzes hat bloß eine formale Bedeutung; wie es in der letzten Zeit gehandhabt wurde, hatte es nicht mehr Bedeutung für uns, wie die gegenwärtige Handhabung des sogenannten gemeinen Rechts. Auf den Leim zu kriechen, diese Aufhebung für eine besondere Liebesgabe zu halten, die uns zu Gegendiensten verpflichtet, das ist denn doch zu optimistisch.

Daß die Gefahr vor Flinte und Säbel verschwunden sei, das Angefichts der Unteroffizierrede Caprivis zu behaupten! Die internationale Arbeiterschulungskonferenz als, wenn auch kleines, Zugständniß zu betrachten, dieses Hornberger Schießen, von dem Bismarck erzählt hat, er habe es selbst zu Stande gebracht, um den Kaiser von der Unmöglichkeit solcher Experimente zu überzeugen! Reiche und mannigfache Kräfte emporkommen zu sehen, wo nichts zu finden ist, als der Marasmus senilis einer durch und durch verkauften Gesellschaft! Unsere Macht in der öffentlichen Meinung reifen zu sehen, wo doch nichts zu bemerken ist, als streberischer Bismarckscher Scheinsozialismus! Den Ansatz zu einem guten Willen zu finden — etwa in dem § 153, in den Unteroffizierprämien, oder wo sonst? Und dann diese drei wichtigsten Ziele, vor allem „die Arbeiterverbände zu einer den Unternehmerverbänden gleichwerthigen Macht zu erheben“, wo doch der ökonomische Prozeß der Kapitalkonzentration und Kartellirung der Industrie die Unternehmerverbände immer stärker und unwiderstehlicher macht, während absolut gar keine Möglichkeit vorhanden ist, daß die Hemmnisse, welche die Stärkung der Arbeitervereinigungen hindern, bei Seite geschafft werden, wo man sogar den revidirten § 153 verlangt, der die Arbeiter vollständig wehrlos gemacht hätte!

Gewiß, wir müssen über der Zukunft das Nächste nicht vergessen. Aber wir sollen uns doch auch nicht Illusionen über dieses „Nächste“ hingeben und die Taube auf dem Dach lassen wegen der Sperlinge — nicht in der Hand, nein auch auf dem Dach. Was Vollmar als „Nächstes“ bezeichnet, das ist noch viel schwerer zu erreichen, als die „Zukunft“. Der Zusammenbruch der Gesellschaft, der nahe genug ist, und zu dem er unserer Hilfe gar nicht bedarf, wird uns die „Zukunft“ in den Schooß werfen, aber das „Nächste“ erreichen — wir kennen doch unsere Pappenheimer! Wir haben sie doch genug beobachtet, wenn sie versuchten, uns mit solchem „Nächsten“ zu ködern: sie sind viel zu geizig, auch nur einen ordentlichen Köder zu nehmen.

Wie vorauszu sehen, hat die Rede einen großen Eindruck gemacht. Daß das keine bloße private Aeußerung war, geht aus dem ganzen Ton hervor; und das nachherige Benehmen Vollmars zeigt auch, daß er sie als Programmrede aufgefaßt wissen will.

Die ganz Dummen — und das sind sehr viele gewesen — von den gegnerischen Blättern meinten: Vollmar ist bloß ein Wolf im Schafspelz und hat nur deshalb so konziliant gesprochen, damit er die Bauern bei der Landagitation besser fassen kann.

Anderer waren gleich mit den Spaltungshoffnungen bei der Hand und sahen im Geist schon eine nationale Sozialdemokratie mit Gott für König und Vaterland entstehen, wofür sie Herrn v. Vollmar natürlich sehr lobten.

Am eigenthümlichsten benahm sich die französische Bourgeoispresse. Man sollte meinen, sie müßte für die Richtung Bebel-Liebnecht Sympathie haben, da diese immer die Annexion von Elsaß-Lothringen mißbilligt hat, und müßten auf Vollmar sehr böse sein, der eventuell gegen Frankreich mit rasselndem Säbel zu Felde ziehen würde. Allein ganz im Gegentheil. Auch sie ist von der Vollmar'schen Rede sehr erbaut. Am besten

drückt diese Stimmung der „Temps“ aus. Bürgerlicher Instinkt!

Wunderbarer Weise erfolgte von keiner Seite eine Reaktion auf die Vollmar'sche Rede. Nur eine Berliner Schuhmacherverammlung nahm Stellung dazu, indem sie in einer Resolution erklärte, ein Mann der solche Aeußerungen mache, könne nach ihrer Ansicht das Proletariat nicht vertreten.

Natürlich war die Versammlung nicht „kompetent“. Der „Insanzenzug“ ist ja anders. Allein erstens waren die Besucher der Versammlung, obwohl nur Gewerkschaftsversammlung, doch Sozialdemokraten; und zweitens wird man bei aller bürokratischen Hochachtung von Kompetenz und Instanz, doch keiner Versammlung von Arbeitern das Recht absprechen können, in Form einer Resolution ihre Meinung darüber abzugeben, ob sie gewisse Ansichten für unsozialistisch halten und ob sie einen Mann für einen geeigneten Vertreter des Proletariats erachten. Die Volksversammlungen gegen die Kornzölle sind auch nicht „kompetent“. Nach unserer Meinung ist es sogar die Pflicht der Mitglieder einer demokratischen Partei, ihre Ansichten zu äußern.

Der „Vorwärts“ erklärte, daß er die Resolution für übereilt halte, und trotzdem er den „Optimismus und Opportunismus“ Vollmar's gelinde tadelte, brachte er doch den Kompetenzgrund vor.

Außerdem brachten das „Hamburger Echo“ und die „Sächsische Arbeiterzeitung“ Artikel, welche das Vorgehen der Berliner Genossen in sehr wenig geeigneter Sprache tadelten, und Herr von Vollmar fühlte sich bemüht, zu erklären, was die „Berliner Radaubröder“ sagten, das sei ihm ganz egal.

Wie aus Vollmars Antwort auf die Aeußerung Liebnechts über ihn hervorgeht, scheint er sehr zartfühlend zu sein, in Bezug auf Bezeichnungen, die gegen ihn gebraucht werden. Wir möchten ihn deshalb doch bitten, diese Feinsüßigkeit auch umgekehrt bei Bezeichnungen, die er gebraucht, zu zeigen. Wenn die Berliner Genossen seine Ansichten für unsozialistisch erklären und ihn für ungeeignet halten, die Arbeiter zu vertreten, so geht das bloß gegen seine Ansichten, und eine derartige Antwort war nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht. Das Recht des Herrn v. Vollmar war es, diese Ansicht der Berliner Genossen durch beigebrachte Gründe zu widerlegen. Aber mit Schimpfen zu antworten halten wir durchaus nicht für angebracht.

Auf Anfragen auswärtiger Genossen hin, sah sich zuletzt der Parteivorstand veranlaßt, im „Vorwärts“ zu erklären, daß die Aeußerungen Vollmars nur private Bedeutung hätten und nicht die Ansichten der Partei wiedergäben.

Wir hätten gewünscht, daß der Parteivorstand schon früher Stellung genommen hätte, und außerdem halten wir auch eine Anschauung von der „privaten Aeußerung“ nicht für richtig.

In nebensächlichen Dingen kann jeder Sozialdemokrat natürlich sagen, was er will. Aber in derartigen wichtigen Fragen giebt es keine Privatmeinung, sondern nur eine Parteimeinung. Weicht die Privatmeinung von der Parteimeinung ab — so hält man sie eben zurück; äußert man sie aber, äußert man sie noch dazu in einer derartigen Programmrede, so muß man sich nach unserem Prinzip gefallen lassen: entweder zum Zurückhalten seiner privaten Gefühle aufgefordert zu werden, oder sich aus der Partei anschießen zu lassen.

Daß die behandelten Fragen so wichtig sind, giebt aber sogar Bebel in seinem Brief an Vollmar zu:

„Deine Rede hat namentlich im Auslande viel Staub aufgewirbelt, so daß wir zu einer Erklärung genöthigt waren, die der heutige „Vorwärts“ enthielt. Nach meiner Meinung vertritt Du einen ganz unhaltbaren Standpunkt in der inneren und äußeren Politik Deutschlands. Im Inneren tönen wir zu der klaglichsten Reformirtheilung und in der äußeren Politik zur Bewilligung aller geforderten militärischen Lasten und Ausgaben. Doch darüber gelegentlich mündlich.“

Liebnecht drückte sich in seinem Urtheil milder aus: er sagte nur, Vollmar habe eine Dummheit gemacht.

Von seinen Wählern erhielt Vollmar ein Vertrauensvotum, aber mit der Einschränkung, daß sie hofften, er werde von den Anschauungen seines Pronunziamento zurückkommen.

Vollmar kam aber nicht zurück, sondern in einer Rede am 6. Juli hat er seinen Standpunkt noch einmal präzisirt — und ungeheiteren Beifall geerntet.

Wir sind ja freilich nicht „kompetent“ über die Münchener Genossen zu Gericht zu sitzen. Allein da sie ja auch die Berliner Genossen in ihrer Weise beurtheilt haben, so werden sie uns vielleicht erlauben, auch über sie ein Urtheil zu fällen: heute verwerfen sie eine Anschauung, und nachdem sie ihnen noch einmal vorgeredet ist, klatschen sie ihr Beifall — wer denkt da nicht an ein gewisses unangenehmes Wort, daß im vorigen Jahre um diese Zeit auffam — wir wollen nicht mehr sagen, die Münchener Genossen werden ja wohl wissen, was wir meinen.

In dieser zweiten Rede behauptet Herr v. Vollmar unter Anderem, daß seine gegenwärtige Politik nur eine konsequente Weiterbildung der bisherigen Fraktionspolitik sei. Wir müssen ihm anheimstellen, ob das richtig ist, wir halten uns nicht für „kompetent“, hier ein Urtheil abzugeben. Außerdem bringt er die gewöhnliche Redensart vor, wenn man nicht seine Politik treibe, so bliebe nichts weiter übrig, als nach anarchistischer Taktik mit

Dynamitbomben vorzugehen. Herr v. Vollmar wird uns erlauben, daß wir ihn auf den logischen Fehler aufmerksam machen, den er begeht: er verwechselt den konträren und kontradiktorischen Gegensatz. Eine Sache braucht nicht schwarz oder weiß zu sein, sie kann auch ponceau und gelb sein. Und man braucht nicht Anarchist zu sein, wenn man sich gegen eine spießbürgerliche Reformpolitik sträubt.

In einer Berliner Versammlung vom 4. Juli, von der sich leider kein genügender Bericht im „Vorwärts“ findet, kam es zu einer mündlichen Aeußerung Bebel's, daß Vollmar sich vor dem Parteitage werde zu verantworten haben.

Vollmar bleibt indessen bei seinen Worten, und es wird sich nun wohl doch die Nothwendigkeit herausstellen, über seinen eventuellen Ausschluß aus der Partei zu diskutieren.

Alter oder neuer Kurs?

E. S. Obgleich es für die Sozialdemokratie und die politischen wie die materiellen Interessen der arbeitenden Klassen einerlei ist, welche wie immer benannte bürgerlich- oder feudal-kapitalistische Partei das Steueruder des Staates führt, so sind dennoch seit dem Personenwechsel in den obersten Reichsämtern da und dort unter dem Volke Hoffnungen erweckt worden, als wäre eine konstitutionell- oder bürokratisch-kapitalistische Regierung jemals im Stande oder Willens, die Bedürfnisse der arbeitenden Volksmassen zu erfüllen und ihre Ansprüche an politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung zu fördern.

Einem derartigen Optimismus kann man, sobald er in die Reihe des klassenbewußten Proletariats einzudringen beginnt, nicht scharf genug entgegentreten, da er geeignet wäre, die heillosste Verwirrung in den Anschauungen der arbeitenden Klassen hervorzurufen und obendrein die Erfahrungen der Geschichte auf den Kopf stellen würde. Weder die Art der Staatsform, ob Monarchie oder Republik, noch die Regierungsmaximen dieser oder jener Bourgeoispartei haben bisher auf die Lage des arbeitenden Volkes einen unterschiedlichen Einfluß ausgeübt. Die Ausbeutung und politische Zurücksetzung der kapitallosen Staatsbürger wird nicht minder verheerend in der Republik, als unter einer Monarchie, nicht weniger kräftig unter einem freisinnigen, als unter einem konservativen Regiment betrieben. Diese Erkenntniß stützt sich nicht nur auf die überall sichtbaren Thatsachen, sondern sie ist auch die notwendige Folge jeglicher historischen Betrachtung über die innerhalb einer Nation vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze. Solange die letzteren nicht durch Beseitigung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Fundaments ausgeglichen sind, solange ist für die arbeitenden Klassen keine Hoffnung vorhanden, daß ihnen Gerechtigkeit zu Theil werde.

Kann mithin unter einer kapitalistischen Regierung irgend welcher Spielart von einem neuen Kurs, einer neuen Ära zu Ruß und Frommen des Proletariats je die Rede sein? Wir antworten mit einem entschiedenen „Nein!“ Es wäre ein Widerspruch in sich selbst, das Gegentheil hiervon anzunehmen; schlechterdings aber wäre diese Annahme mit den in der Sozialdemokratie vorherrschenden Prinzipien und Anschauungen unvereinbar. Die Regierung des bürgerlichen Klassenstaates vermag wohl allgemein gehaltene Versprechungen abzugeben, solange sie noch die Erwartung hegt, die Arbeiterklassen damit zu kaptiviren; nimmermehr jedoch wird es ihr in den Sinn kommen, den Bestrebungen des Proletariats wesentlich Voranschub zu leisten, weil sie alsdann ihre eigene Existenz sowie diejenige ihrer Klasse untergraben würde. Dem Proletariat unter einer kapitalistischen Regierung von einem „neuen“ Kurs etwas vorzureden, heißt deshalb nichts anderes: als dasselbe einzuschläfern, dasselbe über die Schwierigkeit seines Daseins hinwegzutäuschen, es von den erstrebenswerthen Zielen abzulenken und zur Harmoniebuschlei zu verleiten.

Für die Sozialdemokratie wird darum erst dann ein „neuer“ Kurs anbrechen können, nachdem sie sich die politische Macht errungen haben wird.

Anderer allerdings für die einzelnen Spezies der bürgerlichen Parteien. Hier macht es wohl einen erheblichen Unterschied, ob in konservativem oder liberalem Fahrwasser regiert; ob der Grundbesitz oder das mobile Kapital durch die Gesetzgebung bevorzugt wird, ob endlich die Anhänger dieser oder jener Partei ihren festen Platz an den staatlichen Futtertruppen erhalten.

Hier ist ein „neuer“ Kurs nicht nur möglich, sondern er bringt auch die mannigfaltigsten Veränderungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet hervor, zum Vortheil dieser oder jener besonderen Kapitalistenklasse.

Exemplifiziren wir jetzt auf deutsche Verhältnisse und stellen wir die weitere Frage, ob vielleicht seit dem letzten Personenwechsel ein „neuer“ Kurs in bürgerlich-politischem Sinne Platz gegriffen habe, so müssen wir auch in diesem Falle mit „Nein“ antworten. Fürst Bismarck verstand nicht, weil seine Regierungsmaximen nicht gefielen, sondern deshalb, weil seine Hausmeierei das Ansehen der Krone verunkelte. Der neue Reichskanzler, Herr von Caprivi, hat von Anfang an nicht die Aufgabe gehabt, in neue Bahnen einzulenken; seine Regierung ist eine Fortsetzung der Ära Bismarck, nur gemildert in der Form des persönlichen Verkehrs, und wir glauben kaum nöthig zu haben, erst an der

Hand der Gesetzgebung nachzuweisen, daß zwischen ihm und seinem Vorgänger in Betreff der Regierungsgrundsätze kein Unterschied vorhanden ist. Wenn nun innerhalb des letzten Jahres die Gesetzgebungsmaschinerie auch verhältnismäßig mehr in Gang gesetzt worden ist, als dies während der letzten Jahre des Bismarck'schen Regiments geschah, so ist dies noch lange nicht ein Anzeichen dafür, daß sich der Kurs verändert hat. Die neuen Gesetze in Deutschland wie in Preußen haben gerade so wenig mit Liberalismus etwas gemein, wie diejenigen, welche früher unter Bismarck entstanden sind. Und was ferner die Aufhebung des Sozialistengesetzes anbetrifft, so geschah dieselbe nicht aus Entgegenkommen für die Sozialdemokratie, sondern in der Erwartung, daß man ohne jene Handhabe und mit Hilfe von Scheinreformen die Sozialdemokratie eher bezwingen würde.

Doch selbst in dem günstigsten Falle, wo die Regierung in Deutschland bzw. Preußen liberalisierende Maßnahmen annehmen sollte; wo also in der That unter Führung der liberalen Parteien eine neue Ära anbrechen würde, hätte das Proletariat immer noch keine Veranlassung, sich zu einem „neuen“ Kurs zu beglückwünschen. Für die Sozialdemokratie wird der Kurs stets der alte bleiben. Für uns besteht der Unterschied zwischen konservativer, liberaler oder demokratischer Regierung einzig darin, daß wir mit etwas mehr oder weniger Beschränktheit, mit mehr oder weniger Polizei regiert werden.

Ein aufrichtiges Entgegenkommen, und sei es nur in beschränktem Maßstabe, hat die Sozialdemokratie von keiner bürgerlichen Regierung zu erwarten. Was eine solche etwa noch in Zukunft für die arbeitende Klasse Erspriechliches thun sollte, thut sie im Drange der Verhältnisse, aus Furcht vor der immer stärker anwachsenden sozialdemokratischen Bewegung, und die Sozialdemokratie hat deshalb durchaus keinen Grund, der Regierung besonderen Dank zu votiren und ihren „neuen“ Kurs zu belobigen. Derselbe würde sich sofort in Reaktion verwandeln, sobald die PreSSION von außen aufhört.

Aber nicht nur allein aus bloßer Angst vor dem rothen Geipenst kann sich eine Regierung genöthigt sehen, Reformmaßregeln zu ergreifen. Hätten wir in Deutschland einen frischen, fröhlichen Kampf der bürgerlichen Parteien untereinander, so wäre es wohl denkbar, daß bei diesem Kampf auch etwas für das Proletariat abfallen würde, das in seiner parlamentarischen Vertretung die Rolle des Schiedsrichters übernehmen könnte. Doch Thöricht wäre es alsdann, einer kapitalistischen Regierung die Vortheile in die Schuhe zu schieben, welche aus dem Anwachsen oder der geschickten Taktik der Sozialdemokratie allein resultiren.

Wir sind immer gewohnt gewesen, weil es unserer geschichtlichen Auffassung entspricht, eine Regierung, sei sie bürokratisch oder konstitutionell, als den vollziehenden Ausschuß der herrschenden Klasse zu betrachten. Der Kapitalismus aber wird niemals aus freien Stücken selbst die gemäßigten Forderungen der Arbeiterklasse als gerechtfertigt anerkennen; ergo ist eine Regierung, vor allem eine konstitutionelle, nicht in der Lage nach eigenem Ermessen dem Proletariat gegenüber in einen neuen Kurs einzulenken. Wir müßten erst unsere Doktrin umstoßen, dadurch, daß wir den Materialismus in der politischen Geschichte verwerfen, ehe wir uns zu der Anschauung aufzuschwingen vermöchten, daß ein neuer Kurs contre cocour des Kapitalismus denkbar wäre. Wir werden jedoch den neuen Kurs haben, sobald wir zur politischen Macht herangereift sind, und dann mit oder ohne Herrn v. Caprivi.

Die Sozialdemokratie steht auf dem Boden des Klassenkampfes, und auf diesem Boden giebt es kein Transigiren. Verlassen wir diese Basis und erkennen wir an, daß auch eine kapitalistische Regierung geneigt und befähigt sei, wirkliche Sozialreform aus eigenem Antriebe zu treiben, so würde die Sozialdemokratie in kürzerer oder längerer Zeit durch den Scheinsozialismus der herrschenden Klasse in alle Winde verweht werden. Die Sozialdemokratie würde alsdann den Entwicklungsgang des Urchristenthums gehen, das durch die herrschenden Klassen im Laufe der Zeit verfälscht aus einer sozialen Bewegung in der Unterdrückten zu einem Herrschaftsinstrument der Mächtigen dieser Erde wurde. Hüten wir uns also vor jeder Verdunklung unserer Grundsätze, damit nicht die Zukunft noch die Formel finde, unter welcher der Sozialismus nach mannigfachen Wandlungen der herrschenden Klassen noch recht angenehm gemacht werden könnte.

Unjere Aufgabe kann es daher nun und nimmer sein, die sogenannte geistige Revolution in die Reihen der Kapitalisten zu tragen und dort Proselyten zu machen. So angenehm und willkommen uns jeder kapitalistische Ueberläufer ist, wenn er vom Scheitel bis zur Sohle mit unseren Grundsätzen durchtränkt ist, so liegt es andererseits doch auf der Hand, daß der Kapitalismus es unermesslich schwer hat, die sozialistische Bewegung von Grund auf korrumpiren würde. Beschränken wir uns auf die Millionen Proletariat, die Handarbeiter sowohl als die intellektuellen Arbeiter; wären wir sie auf, sammeln wir sie um unsere siegreichen Fahnen, exerziren wir sie in den Prinzipien des Klassenkampfes und der Sieg wird nicht fehlen.

Wie das Proletariat einmal den Sieg davontreiben wird, das ist freilich eine Frage der Zukunft, die heute Niemand zu beantworten im Stande ist; alles wird von dem Grade der politischen und wirtschaftlichen Entwick-

lung abhängen. Das aber ist sicher: so wenig die Sozialdemokratie Revolution predigt oder in thörichter Verblendung gar solche macht, ebenso wird sie die Macht zu ergreifen wissen, wenn sich dieselbe ihr durch die Günst der Verhältnisse darbietet. Durch Barrikadenbau und Straßenkämpfe ist noch keine Regierung gestürzt worden, die über eine disziplinierte Armee verfügt, und heller Wahnsinn wäre es, mit Hilfe einer derartigen Revolutionspielerei auf einen Sieg unserer Sache zu rechnen. Für die Sozialdemokratie handelt es sich auch gar nicht um Revolutionsmacht, sondern darum, die Resultate kräftig festzuhalten, welche ihr durch einen etwaigen Zusammenbruch der bürgerlichen Herrschaft einmal in den Schoß fallen werden. Das wird um so nöthiger sein, als es in jenem Augenblick nicht an kapitalistischen Scharwerkern fehlen wird, welche die Klassenherrschaft von neuem aufzusammeln bestrebt sein werden. Wir müssen darum immer auf Vorposten sein, auch wenn uns jener Augenblick in der Gegenwart noch so entfernt erscheinen mag.

Arbeiterbudgets.

Unter dem Titel „Zehn Arbeiterbudgets“ ist von Max May eine kleine Schrift erschienen, in welcher die Wohlfahrtseinrichtung eines Fabrikanten geschildert ist, der nach einem festen System seinen Arbeitern Zuschüsse für die Zeit zahlt, wo sie sich, weil die Kinder noch nicht mitarbeiten können und auch die Mutter von der Arbeit abhalten, in Noth befinden.

Wir entnehmen der Arbeit, die ein treffliches Material bietet, vier Budgets, und zwar zwei von den bestgestellten und zwei von den schlechtest gestellten Arbeitern.

M. S. Spinner hat zwei Kinder von 7—9 Jahren. Die Schwiegermutter verwahrt die Kinder.

	Ausgabe		Einnahme	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
pro Jahr.				
Lebensmittel für die Lohnperiode von 2 Wochen:				
Brot	Mk. 7,12			
Mehl	—,66			
Milch	4,20			
Fleisch	3,90			
Schmalz, Butter, Del, Fett	5,68			
Kaffee, Cichorie, Spezereiwaaren	2,46			
Salz, Seife, Stärke	1,10			
Petroleum	—,65			
Eier, Kartoffeln, Gemüse	1,93			
Wein, Bier, Tabak	6,32			
Summa:	Mk. 347,02			
Miethe (hat eigen Haus)	—			
Kleider	80			
Schuhe	50			
Brennmaterial	65			
Steuer, Versicherung, Schulgeld	8	60		
Arzt und Apotheke	20			
Zinsen, Abzahlungen und Vergütungen	30			
Summa:	1138	10		
Verdienst des Mannes				900
der Frau				500
Kinder				—
Nebenverdienst				—
Summa:				1400

Gesamteinnahme auf den Arbeitstag: Mk. 4,66, pro Kopf: Mk. 1,17. Ein Ueberschuß von Mk. 262 ergibt sich hieraus, der angelegt wird.

Joh. G., Spinner, hat 2 Kinder von 1—4 Jahren. Die Frau besorgt den Haushalt und die kleine Landwirtschaft.

	Ausgabe		Einnahme	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
pro Jahr.				
Lebensmittel für die Lohnperiode von 2 Wochen:				
Brot	Mk. 6,—			
Mehl	1,—			
Milch	4,50			
Fleisch	3,50			
Schmalz, Butter, Del und andere Fette	3,40			
Kaffee, Cichorie und Spezereiwaaren	3,—			
Salz, Seife, Stärke	—,80			
Petroleum	—,36			
Eier, Gemüse, Kartoffeln	2,—			
Wein, Bier, Tabak	3,40			
Summa:	Mk. 27,96			
Miethe	64			
Kleider	50			
Schuhe	48			
Brennmaterial	55			
Steuer, Versicherung, Schulgeld	10			
Arzt und Apotheke	8			
Zinsen, Abzahlungen	—			
Verdienst des Mannes				848
der Frau durch die Landwirtschaft				75
der Kinder				—
Nebenverdienst				62
Summa:				985

Gesamteinnahme auf den Arbeitstag 3,28 Mk.; pro Kopf 82 Pf.; Ueberschuß 3 Mk. 4 Pf. pro Jahr.

G. L., Weber, hat fünf Kinder von 1—7 Jahren. Die Frau besorgt die Haushaltung.

	Ausgabe		Einnahme	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
pro Jahr.				
Lebensmittel für 2 Wochen:				
Brot	Mk. 8,15			
Mehl	1,60			
Milch	5,50			
Fleisch	3,—			
Butter, Schmalz, Del u. anderes Fett	4,—			
Kaffee, Cichorie u. Spezereiwaaren	2,30			
Salz, Seife, Stärke, Petroleum	1,60			
Eier, Gemüse, Kartoffeln	1,60			
Wein, Bier, Tabak	1,10			
Summa:	Mk. 28,85			
Miethe (eigenes Haus)	750	10		
Kleider	90			
Schuhe	94			
Brennmaterial	81			
Steuer, Versicherung und Schulgeld	13			
Arzt und Apotheke	—			
Zinsen auf das Grundstück	10			
Summa:	1038	10		
Verdienst des Mannes				803
Baarschuß des Arbeitgebers				260
Summa:				1063

Gesamteinnahme auf den Arbeitstag: 3,50 Mk., mithin pro Kopf 50 Pf. Jährlicher Ueberschuß: 25,70 Mk.

A. S., Schreiner, hat fünf Kinder von 1—8 Jahren. Die Frau besorgt den Haushalt.

	Ausgabe		Einnahme	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
pro Jahr.				
Lebensmittel für die Lohnperiode von 2 Wochen:				
Brot	Mk. 7,50			
Mehl	1,40			
Milch	6,16			
Fleisch	1,96			
Schmalz, Butter, Del und anderes Fett	4,05			
Kaffee, Cichorien, Spezereiwaaren	2,30			
Salz, Seife, Stärke	0,96			
Petroleum	0,48			
Eier, Gemüse, Kartoffeln	2,40			
Wein, Bier, Tabak	2,64			
Summa:	Mk. 29,85			
Miethe	776	10		
Kleider	100	20		
Schuhe	84			
Brennmaterial	60			
Steuer, Versicherung, Schulgeld	76	58		
Arzt und Apotheke	—			
Zinsen, Abzahlungen	50			
Summa:	1173	88		
Verdienst des Mannes				848
Baarschuß des Arbeitgebers				260
Zuschuß durch Freiwippen aus der Fabrikfäche				145
Summa:				1253

Einnahme pro Arbeitstag: 4,17 Mk., pro Kopf 59 Pf.; jährlicher Ueberschuß 80 Mk.

Die Budgets sind in mehr als einer Beziehung lehrreich. Wir wollen hier nur einen Punkt hervorheben.

Als auf dem Halle'schen Kongress erklärt wurde, daß das „eherne Lohngesetz“ nicht mehr mit dem Stand der Wissenschaft übereinstimme und als in unsern Blättern dann das, was Marx an die Stelle gesetzt hat, erörtert wurde, waren die bürgerlichen Zeitungen sehr verwundert. Das eiserne Lohngesetz behauptet, daß der Lohn im Durchschnitt immer so viel betragen muß, als der Lebensunterhalt der Arbeiter ausmacht; nach der Marx'schen Formulierung steht der Lohn für die Arbeiter als Gesamtklasse dauernd unter dem für den Lebensunterhalt Nothwendigen.

An den Budgets hat man einen klassischen Beweis. Die geschilderten Verhältnisse sind exceptionell gute. Der Unternehmer zahlt die höchsten Löhne, die Arbeiter sind ständig beschäftigt und im Bedarfsfall erhalten sie Zuschüsse.

In der Broschüre heißt es: „Nach oben gemachten Erfahrungen sind es nur Familien mit mehr als drei kleinen Kindern, die Zuschüsse bedürfen, und der Durchschnitt eines deutschen Haushaltes ist nur drei Kinder oder genau noch weniger.“

Die Lebenshaltung, wie sie sich nach den Budgets vermuthen läßt, ist ja noch lange nicht die schlechteste; aber immerhin doch auf keinen Fall mehr, wie eben genügend. Wenn man bloß eine Mark für Fleisch die Woche ausgiebt, so ist das doch sehr wenig. Immerhin wird man den Angaben des Verfassers Glauben schenken müssen, daß die so genährten Arbeiter gesund sind.

Die sehr günstigen Verhältnisse der Familie M. S. sind (unter normalen Verhältnissen) offenbar so selten, daß sie nicht in Betracht kommen können. Das Verdienst sowohl der Mann wie der Frau ist im Verhältniß hoch, sie haben keine Miethe zu zahlen, bloß zwei Kinder, eine bedürfnislose erwachsene Person, die die häuslichen Arbeiten besorgt u. s. f.

Joh. G. wird als beiter Typus des günstiger situirten Arbeiters zu bezeichnen sein.

Und nun sehe man sich das Budget an: 1. sein Arbeitgeber zahlt gute Löhne; 2. er hat nur zwei Kinder; 3. die Lebenshaltung ist die denkbar einfachste, gerade

genügend, daß die Familie die natürlichen Bedürfnisse befriedigt, während für einen Lebensgenuß fast gar nichts mehr übrig bleibt; 4. die Frau verdient noch außer ihrer Wirtschaftstätigkeit; 5. der Mann hat noch Nebenverdienst — und Alles in Allem ergibt sich ein Ueberschuß von 3 Mark und 4 Pfennigen das Jahr!

Nun haben es die geschickten Arbeiter insofern glücklich, als sie beständig Arbeit haben. Das ist bekanntlich nur sehr selten der Fall. Rechnen wir die Reservarmee, die längere oder nur kurze Zeit Arbeitslos zusammen, so können wir gewiß auf jeden Textilarbeiter jährlich 4 Wochen Arbeitslosigkeit rechnen. Wir nehmen die allergeringste Zahl an.

Wenn er nun 12 Monate Arbeit hat, so verdient der Arbeiter gerade so viel, als er braucht. Woher nimmt er das Zwölftel, das ihm fehlt?

Zum Theil muß es abgedarbt werden; das ist überall bei den verhältnismäßig kurze Zeit Arbeitslos der Fall; da wird in der Zeit, wo es Arbeit giebt, vom Munde abgepart, damit man etwas „zuzusehen hat“, und wenn wieder Arbeit ist, wird gepart, um die Schulden zu bezahlen, die in der arbeitslosen Zeit gemacht sind. Bei denen, die länger arbeitslos sind und direkt auf die Landstraße geworfen werden, muß das Betteln ausbilden, das Bagabondiren.

Die schweizerische Unfall-Statistik.

H. M. Vor kurzem ist eine neue, sehr fleißige und dankenswerthe Arbeit über die schweizerische Unfallstatistik erschienen, die aus dem schweizerischen Arbeitersekretariat, dem Organ des allgemeinen Gewerkschaftsbundes hervorgegangen ist. Sie enthält das Resultat der zu diesem Zweck veranstalteten privaten Enquete und bringt in einer großen Reihe von Tabellen, die nach den verschiedensten Gesichtspunkten bearbeitet sind, die Körperverletzungen und Tödtungen von Mitgliedern schweizerischer Kranken- und Hilfsklassen während der drei Jahre 1886 bis 1888 zur Darstellung. Der Arbeitersekretär Herr G. Greulich hat sich damit ein entschiedenes Verdienst für die in der Schweiz geplante Kranken- und Unfallversicherungsgesetzgebung erworben.

Das Material, welches der Statistik zu Grunde gelegt ist, erscheint als ein sehr bedeutendes, wenn man bedenkt, daß die Erhebungen durchaus auf Freiwilligkeit beruhten. Es machten nämlich Angaben

1886 von 1423 bestehenden Klassen	1131
1887 „ 1473 „	1227
1888 „ 1502 „	1290

So ist es denn gelungen, ein sehr umfangreiches Material zu sammeln, das einige sehr werthvolle Darstellungen gestattet und sogar eine Gefahren-Klassifikation anzuarbeiten ermöglichte, die wenn auch nicht in allen Einzelheiten, so doch im großen Ganzen als zutreffend bezeichnet werden kann. Auf einen Punkt wollen wir hier nur eingehen, da er uns einen Mangel im deutschen Krankentagegesetz aufdeckt. Herr Greulich ist zu dem Resultat gekommen, daß eine Unterstützungszeit von drei Monaten und weniger nicht genügt, um in vielen Fällen eine Heilung zu bewirken. Er gelangte dazu, als er die Zahl der in den drei Jahren 1886 bis 1888 vorgekommenen Erkrankungen der Krankentage-mitglieder addirte und nach ihrer Unterstützungsdauer gruppirte. Es geschah dies in folgender Tabelle:

Kranken-Klassen nach der Dauer ihrer Unterstützungszeit	Zahl der Mitglieder	Zahl der Erkrankungen	Zahl der Krankentage	Erkrankungen auf 100 Mitglieder	Krankentage auf je ein Mitglied	Durchschnittliche Dauer der Krankheit
Unter 3 Mon.	53 391	16 795	252 678	31,4	4,7	15,1
3 „	130 898	42 414	648 756	32,4	5,0	15,4
3-5 „	64 177	20 885	392 658	31,6	6,1	19,0
5-6 „	77 379	22 721	474 398	29,4	6,2	20,9
Meistens 6 „	183 281	48 797	1 366 739	26,7	7,5	28,0
Unbestimmt	41 523	10 560	264 963	25,5	6,4	25,1
Total	550 649	161 672	3 400 192	29,1	6,2	21,0

Herr Greulich bemerkt dazu:

Interessant ist, daß die Zahl der Erkrankungen in den Krankentagen mit einer kürzeren Unterstützungszeit

über dem Durchschnitt steht, während diejenige der Klassen der längsten Unterstützungszeit unter denselben sinkt. Den umgekehrten Weg macht die Verhältnisziffer der Krankentage per Mitglied und durchschnittlichen Dauer der Krankheiten. Da nicht wohl anzunehmen ist, daß man es mit drei Klassen von Leuten zu thun hat, die durch die Statuten der Krankentagen abgetheilt sind, von denen die kleinste ungefähr auf dem Durchschnitt steht, die zweitgrößte weniger Erkrankungen, aber mehr Krankentage hat, während die größte Klasse — fast die Hälfte sämmtlicher Mitglieder umfassend, — viele Erkrankungen aber mit kurzer Dauer aufweist, so darf aus dieser Darlegung wohl geschlossen werden, daß eine Unterstützungszeit von nur drei Monaten und gar noch darunter in einer erheblichen Zahl von Krankheitsfällen ungenügend ist und daß in solchen Fällen auf Unterstützung verzichtet werden muß, ehe eine Heilung eingetreten ist. Da dies dem eigentlichen Zweck der Krankenversicherung nicht entspricht, sollten spätere Normativbestimmungen für die Krankenversicherung darauf Rücksicht nehmen und bezüglich der Unterstützungsdauer jedenfalls über die Bestimmungen des deutschen Krankenversicherungsgesetzes hinausgehen.

Das wichtigste Ergebnis der Arbeit ist die Statistik über die Rangordnung der Berufsarten nach der Unfallhäufigkeit. Hier stehen die Arbeiter der Forstwirtschaft und Viehzucht oben an. Auf hundert Personen kommen hier 13,50 resp. 13,24 Unfälle. Ihnen folgen die Wagner und Schreiner in mechanischen Werkstätten (10,73), Arbeiter der Lebensmittelindustrie (10,40), Dreher (10,21), Schmiede (9,31), Eisenbahnarbeiter (8,16), Maurer und Gypser (7,99), Bergbau, Steinbrüche (7,31), Brauerei (6,67), Säger und Zimmerleute (6,35), Straßen- und Wasserbau (6,31), Schifffahrt (5,71), Hilfsarbeiter in mechanischer Werkstätte (5,16), Dachdecker und Kaminfeger (5,14), Fuhrwesen (4,89), Schlosser und Mechaniker (4,69), Steinbauer (4,61), Gerberei (4,50), Uebr. chemische Industrie (4,26), Landwirtschaft (3,90), Küfer (3,87), Schreiner und Drechsler (3,49), Spengler (3,08), Metzger (3,08), Papierfabrikation (3,07), Ziegler und Zementer (3,03), Müller (2,80), Hafner (2,74), Wolle- und Leinen-Industrie (2,72), Post- und Telegraph (2,35), Gärtnerei (2,24), Baumwoll-Spinnerei (2,22), Lithographie (2,16), Färber und Drucker (2,14), Feilenhauer und Schleifer (1,95), Uebr. Bekleidungsindustrie (1,91), Handel und Wirtschaftswesen (1,72), Sattler und Tapezierer (1,63), Maler (1,50), Bleicherei und Appretur (1,33), Beamte und Polizei (1,31), Schuhmacher (1,29), Uhrmacher (1,14), Bäcker (1,09), Buchdruckerei (1,02). Weniger als ein Unfall kommen auf 100 Personen bei Lehrern, Tagelöhnern, Buchbindern, Baumwollwebern, Schneidern, Stüchern, Diensthöfen, Seiden- und Tabakarbeitern.

Vergleicht man diese Zahlen so weit es möglich ist mit denen der deutschen Unfallstatistik, so findet man, daß die der schweizerischen durchschnittlich höher sind. — Eine annähernd gleich hohe Unfallziffer wie die Forstwirtschaft der Schweiz, haben in Deutschland die staatlichen Seeschiffahrtsbetriebe. Die niedrigste Ziffer weist auch in Deutschland die Tabakindustrie auf. In der folgenden Tabelle werden, soweit es angängig, verschiedene Berufsarten in der Schweiz wie in Deutschland auf ihre Unfallhäufigkeit verglichen.

Berufsarten oder Gruppen	Auf je 100 Personen kamen Unfälle			
	in der Schweiz 1886-88	in Deutschland		
	1886	1887	1888	
Eisenbahnen	8,16	—	3,01	4,11
Baugewerbe	4,60	0,00-3,00	1,11-4,11	0,00-3,14
Bergbau, Steinbr.	7,31	6,40-3,10	7,12-1,00	7,02-1,00
Schifffahrt	5,71	—	1,11-2,00	1,11-2,00
Fuhrwesen	4,89	—	2,00	2,74
Papierfabrikation	3,07	2,65	2,17	2,07
Metzger	3,08	0,47	0,00	0,00
Müller	2,80	1,00	2,00	2,22
Textilindustrie (ohne Seide)	0,00-2,12	0,01-1,00	0,00-1,00	0,00-1,00
Buchdruckerei	1,02	0,70	0,72	0,72
Seidenindustrie	0,00	0,00	0,01	0,01
Bekleidung	1,14	0,00	0,01	0,01
Tabakindustrie	0,41	0,14	0,00	0,01

Verkehrt wäre es, aus den höheren Unfallziffern der Schweiz gegenüber Deutschland zu schließen, daß in der Schweiz mehr Unfälle passiren als in Deutschland. Nach Ansicht des Arbeitersekretariats beruhen die höheren Ziffern der Schweiz in der That, daß die schweizerische Unfallstatistik vollständiger ist, als diejenige in Deutschland, da die Krankentagen alle kleineren Unfälle angeben, während in Deutschland ein nicht unbeträchtlicher Theil derselben unbekannt bleibt.

Von der Unfallhäufigkeit unterschieden ist die Unfall schwere. Die Rangordnung der Berufsarten nach dieser gestaltet sich dermaßen, daß an der Spitze die Arbeiter der Straßen- und Wasserbauten stehen. Bei ihnen kommen auf 100 normale Arbeitstage 5,86 Unfalltage. Ebenso schwer sind die Unfälle für Arbeiter der Schifffahrt, Brauerei und Forstwirtschaft. Es folgen mit vier Unfalltagen auf 100 normale Arbeitstage die Dachdecker und Kaminfeger; mit drei die Arbeiter in Hafnereien, Papierfabriken, im Bergbau und in Steinbrüchen, außerdem Säger und Zimmerleute. Nun folgen Maurer und Gypser mit 2,64 Unfalltagen, Gießer mit 2,55, Gerber mit 2,43, Schmiede 2,33, Lithographen 2,30, Fuhrleute 2,28, Wagner und Schreiner in mechanischen Werkstätten 2,25, Eisenbahnarbeiter 2,21, Küfer 2,02, Steinbauer 1,96, Metzger 1,90, Landwirtschaftliche Arbeiter 1,88, Post- und Telegraphenangestellten 1,85, Dreher 1,80, Ziegler und Zementer 1,43, Gärtner 1,30, Spengler 1,28, Arbeiter in den übrigen chemischen Industrien 1,24, Personen ohne Beruf 1,23, Baumwoll-Spinner 1,08, Hilfsarbeiter in mechanischen Werkstätten 1,07, Handels- und Wirtschaftsangehörige 1,01. Weniger als einen Unfalltag auf 100 normale Arbeitstage weisen folgende Berufsarten auf: Bleicherei und Appretur 0,97, Schreiner und Drechsler 0,95, Färberei und Druckerei 0,89, Schneider 0,86, Schlosser und Mechaniker 0,85, Lehrer 0,66, Sattler und Tapezierer 0,57 u. s. w. Nur ganz leichten Unfällen sind ausgesetzt Beamte und Polizisten (0,27), Baumwollen- und Seidenweber (0,26 bis 0,21), Tabakarbeiter und Buchbinder (0,04). Diese Rangordnung der Berufsarten nach ihrer Unfallschwere ist insofern von praktischer Bedeutung, als sie die Aufstellung eines Gehalts- und Tarifsystems ermöglicht, wie ein solcher bereits für Oesterreich eingeführt ist.

Von Interesse ist noch die vergleichende Darstellung über die Krankentagehäufigkeit der Arbeiter in verschiedenen Ländern. In Frankreich kamen während der Jahre 1881-85 jährlich auf je 100 Personen 25,03 Erkrankungen und 4,56 Krankentage auf je eine Person. Frankreich ist von allen Ländern, die hier in Betracht kommen, am günstigsten gestellt. In Deutschland kamen

1885 auf je 100 Pers.	43,16	Erkrank.	auf je 1 Pers.	6,07	Krankentage
1886	40,09	—	—	6,15	—
1887	37,73	—	—	5,88	—
1888	32,65	—	—	5,47	—

Italien, Belgien und Dänemark stehen ungefähr auf derselben Stufe wie Deutschland. Eine größere Anzahl von Erkrankungen weisen dagegen England und Oesterreich auf.

In Bezug auf die in der Schweiz staatlicherseits einzuführende Krankenversicherung spricht sich Greulich für freie Organisation und Selbstverwaltung der Arbeiter aus, er weist mit Recht auf Deutschland hin, wo ein beträchtlicher Theil der Versicherten lieber auf die Beiträge der Geschäftsinhaber verzichtet, als auf die freie Organisation und Selbstverwaltung.

Nach welchen Grundzügen immer die Krankenversicherung in der Eidgenossenschaft geregelt werde, auf diese beiden Grundlagen der freien Organisation und der Selbstverwaltung wird sie nicht verzichten dürfen, sobald sie den Versicherungszweck mit dem möglichst häuslicheren Maß von Mitteln erreichen will.

Briefkasten.

Unsere Freunde werden ersucht, uns behufs weiterer Verbreitung des Blattes Adressen von solchen Personen anzugeben, welche eventuell abonniren würden.

Agitationsnummern versenden wir gratis und franco.

Fachverein der Tapezierer Berlins und Umgegend.

General-Versammlung

am Montag, 20. Juli, Abds. 9 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.

Agenda-Ordnung: 1. Vortrag über Charles Fourier. 2. Diskussion 3. Vierteljahresbericht des Vorstandes und des Kassiers. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Der Vorstand.

Am zahlreichem Besuch bittet

Sonnabend, den 18. Juli 1891, in der „Neuen Welt“, Hasenhalde:

Grosses Sommer-Fest

verbunden mit großem Konzert. — Auftreten sämmtlicher Spezialitäten. — Kinderbelustigungen aller Art.

Gr. Ball im Bal champêtre. Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Anfang des Konzertes 4 Uhr, des Tanzes 6 Uhr. — Entrée 30 Pfg. Billets sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen, im Arbeits-Nachweil, Schützenstraße 18/19 und bei allen bekannten Kollegen zu haben. Kollegen und Genossen ladet freundlichst ein

Das Comité.

Gera.

Wer von den Parteigenossen den Vertrieb der „Berliner Volks-Tribüne“ übernehmen will, möge sich an Unterzeichnete wenden. Die Expedition.

Empfehle den Parteigenossen meine

Cigaren eigener Fabrik

aus rein amer. Tabak, 25 Cigarr. 1 Bl.

Tabak und Cigaretten.

Julius Ulbrich,

Skalitzerstraße 41, nahe Hauptgcpf.

Nächster Tage erscheint Heft 17-18 der

Familien-Bibliothek

mit dem Bilde des Österreich. Parteitag.

worauf wir alle Genossen jetzt schon aufmerksam

machen. Bestellungen wolle man gefälligst an

die Administration der „Familien-Bibliothek“

Wien VII., Raiferstraße 117 richten.

Billiger und doch guter Käse.

Holl. Holländer Käse 4 Centner	26
Holl. Limburger Käse 4 Centner	25
Holl. Edamer Käse 4 Centner	32
als hier gegen Nachnahme empfiehlt	
Julius Werner, Kranenauer 1. 4	
10 Haupt-Postoffice 11	3.80 und 3.50
und 4.20	

Herren- u. Knaben-Garderobe, Arbeitsachen, Bestellungen nach Maß,

empfiehlt wie bekannt in reellster Ausführung und allerbilligsten Preisen

J. BAER, Berlin N., Gesundbrunnen, Badstr. 18, Ecke der Stettinerstrasse.

Ich habe keine Filialen und stehe mit ähnlich lautenden Firmen in keinerlei Beziehung. Bitte daher genau auf Firma zu achten.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Ernst, Berlin. — Verleger und Drucker: Maurer, Werner, Dimmid, sämmtlich in Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.

Der gute Wille.

Gern will ich sein ein Rother,
Berlangt nur keine That —
Ich bin Familienvater
Und auch Geheimrath.

Ja freilich, beides bin ich,
Das macht mir viele Pein —
Ich bin gewiß freisinnig,
Wie's einer nur kann sein.

Hätt' ich nicht Frau und Kinder,
Da wär's mir einerlei,
Vorichtig wär ich minder,
Sprach' auch noch mal so frei.

Doch ein Familienvater —
Der Punkt ist delikater
Und noch viel delikater
Ist ein Geheimrath.

Hoffmann von Fallersleben.

Was sollen wir also thun!*)

Von Graf Leo Tolstoj. Deutsch von August Scholz.

I.

Ich habe mein ganzes Leben außerhalb der Stadt zugebracht. Als ich im Jahre 1881 zu längerem Aufenthalte nach Moskau übersiedelte, erregte das städtische Elend in hohem Grade meine Verwunderung; es war für mich etwas Neues und Unverständliches. Man kann in Moskau nicht eine einzige Straße durchschreiten, ohne auf eine Anzahl Bettler zu stoßen, und zwar auf Bettler von ganz besonderer Art, die den Bettlern des Dorfes durchaus unähnlich sind. Es sind dies keine Bettler mit dem Bettelsack, die in Christi Namen um Almosen bitten, wie dies unsere Dorfbettler thun, sondern es sind dies Bettler ohne Bettelsack und ohne den Namen Christi auf den Lippen. Die Moskauer Bettler tragen keinen Sack und bitten auch nicht ohne weiteres um Almosen. Sie bemühen sich zumeist, wenn man an ihnen vorüberkommt, mit ihrem Blick dem Blicke des Vorübergehenden zu begegnen. Und je nach dem Blick, den man ihnen zuwirft, bitten sie oder bitten sie nicht.

Ich kenne einen solchen Bettler, einen Edelmann von Geburt. Der alte Mann geht langsam einher, indem er sich bald auf das eine, bald auf das andere Bein überneigt. Wenn er jemandem begegnet, so neigt er sich auf das eine Bein und macht gewissermaßen eine Verbeugung vor dem ihm Begegnenden. Bleibt derselbe stehen, so saßt er an seine Wäge mit der Korfode, verneigt sich nochmals und bringt seine Bitte vor; bleibt der Andere nicht stehen, so stellt er sich, als ob es nur seine besondere Art zu gehen wäre, und er schreitet weiter, indem er sich in gleicher Weise auf das andere Bein überneigt. Das ist ein wirklicher Moskauer Bettler, von der echten Art. Ich begriff anfangs nicht, weshalb die Moskauer Bettler nicht ohne weiteres um Almosen bitten; später erfuhr ich wohl, weshalb sie nicht bitten, doch konnte ich trotzdem ihre Lage nicht begreifen.

Als ich einst durch die Anasassi-Gasse ging, war ich Zeuge, wie ein Polizist einen in Lumpen gehüllten Mann von bäuerlichem Stande, der an der Wassersucht litt, in eine Droschke setzte. Ich fragte den Polizisten, weshalb dies geschehe.

„Er hat gebettelt,“ lautete die Antwort.

„Ist denn das verboten?“ fragte ich.

„Muß wohl verboten sein,“ brummte der Polizist.

Die Droschke mit dem Wassersüchtigen und seinem bewaffneten Begleiter fuhr davon. Ich nahm eine zweite Droschke und folgte der ersten. Ich wollte erfahren, ob es thatsächlich wahr sei, daß es verboten ist, um ein Almosen zu bitten und worauf dieses Verbot sich gründet. Ich konnte durchaus nicht begreifen, wie man einen Menschen verbieten sollte, einen andern um etwas zu bitten, und konnte auch nicht glauben, daß ein solches Verbot vorhanden sei, da doch Moskau von Bettlern nur so wimmelt.

Ich begab mich in das Amtsgebäude, nach welchem man den Bettler gebracht hatte. Hier traf ich hinter einem Tische der Wachtstube einen Mann mit Säbel und Pistole.

„Weshalb hat man den Mann in der Droschke arretirt?“ fragte ich.

Der Mann mit dem Säbel und der Pistole warf mir einen strengen Blick zu und fuhr mich barsch an: „Was wollen Sie?“ Er mußte sich jedoch gedrungen fühlen, mir irgend eine Auskunft auf meine Frage zu geben, und fügte hinzu:

„Die Obrigkeit befiehlt, solche Leute zu arretiren, es wird also wohl so in der Ordnung sein.“

*) Wir brauchen unseren Lesern wohl nicht erst zu sagen, daß die Anschauungen, welche Tolstoj hier entwickelt, nicht die unsrigen sind. Auch Tolstoj ist freilich Kommunist, aber auf einer ganz anderen Grundlage, wie wir. Trotzdem bringen wir den vorliegenden Aufsatz von ihm, als Dokument einer eigenartigen Sozialphilosophie, die doch immer unser lebhaftes Interesse erwecken wird, auch wenn wir ihr nicht zustimmen. — als ein Meisterwerk intimster psychologischer Beobachtung, und endlich als Ausdruck eines großen und edlen Charakters.

Ich verließ die Wachtstube. Im Hausflur traf ich den Polizisten, der den Bettler eingebracht hatte; er saß auf der Fensterbrüstung und blickte in eine Art Notizbuch. Ich fragte ihn:

„Ist es wahr, daß in Moskau den Bettlern verboten ist, in Christi Namen um Almosen zu bitten?“

Der Polizist fuhr aus seinem Buche empor, blickte mich eine Weile stirnrunzelnd an und sagte, indem er sich auf der Fensterbrüstung zurechtsetzte:

„Die Obrigkeit befiehlt's, 's wird also wohl in Ordnung sein.“

Dann wandte er sich wieder seinem Notizbuche zu. Ich trat auf die Haustreppe hinaus.

„Na, haben sie ihn behalten?“ fragte der Droschkenfutscher, der den Bettler gebracht hatte. Offenbar interessirte auch ihn das Schicksal des Wassersüchtigen.

„Sie haben ihn behalten,“ antwortete ich.

Der Droschkenfutscher schüttelte den Kopf.

„Wie ist denn das hier bei Euch in Moskau?“ fragte ich. „Es ist wohl hier verboten, in Christi Namen um etwas zu bitten?“

„Wer mag's wissen,“ versetzte der Kutscher.

„Wie geht denn das zu?“ fragte ich. „Der Bettler ist doch Christi Bruder, und man bringt ihn hier auf die Wache?“

„Das ist heutzutage alles anders, man erlaubt nicht zu betteln,“ antwortete der Kutscher.

Ich war später noch mehrmals Zeuge, wie die Polizisten die Bettler zur Wache und darauf nach dem Justizpowschen Arbeitshause brachten. Eines Tages traf ich auf dem Fleischmarkte eine ganze Schaar solcher Bettler, gegen dreißig Mann. Vor ihnen und hinter ihnen schritten Polizisten einher. Ich fragte, was jene verbrochen hätten, und ich erhielt zur Antwort, daß sie gebettelt hätten.

So wußte ich denn, daß es in Moskau gesetzlich verboten war, um Almosen zu bitten, obgleich in jeder Straße und Gasse dieser Stadt eine ganze Anzahl von Bettlern anzutreffen ist und zur Zeit des Gottesdienstes, namentlich aber bei Begräbnissen, die Kirchthüren von denselben schaarenweise umstanden werden.

Weshalb aber werden die einen verhaftet und irgendwo eingesperrt, die andern dagegen weiter in Freiheit gelassen? Das konnte ich durchaus nicht begreifen. Entweder giebt es unter ihnen gesetzliche und ungesetzliche Bettler, oder es giebt ihrer so viel, daß man nicht im Stande ist, sie alle zu verhaften, oder endlich, es tauchen, während man die einen verhaftet, immer wieder neue in den Straßen auf.

Es giebt verschiedene Arten von Bettlern in Moskau: die einen betreiben das Betteln mehr gewerbmäßig, während die andern auf irgend eine Weise nach Moskau gerathen sind und wirklich Noth und Elend erdulden.

Es giebt unter diesen Bettlern schlichte, einfache Bauern und Bäuerinnen, die ihre ländliche Tracht beibehalten haben. Ich habe häufig solche Personen getroffen, manche von ihnen sind in Moskau krank geworden und konnten, nachdem sie das Hospital verlassen, weder Arbeit finden, noch aus Mangel an Reisegeld nach der Heimath zurückkehren. Andere haben sich überdies dem Trunke ergeben, und zu dieser Sorte schien mir auch jener Wassersüchtige zu gehören; andere waren nicht krank, sondern abgebrannt oder alt, oder Weiber mit Kindern. Aber ich traf auch ganz gesunde, arbeitsfähige Menschen darunter, und diese gesunde, arbeitsfähigen Bettler interessirten mich ganz besonders.

Ich hatte seit meiner Uebersiedelung nach Moskau die Gewohnheit angenommen, ein paar Stunden des Tages Holz zu sägen, um meinem Körper Bewegung zu verschaffen. Ich begab mich zu diesem Zweck tagtäglich nach den Sperlingsbergen, wo ich mit zwei Bauern zusammen arbeitete. Diese beiden Bauern waren ganz ebenso arm wie jene gesunde Bettler, die ich auf den Straßen traf. Der eine von ihnen war ein früherer Soldat aus Kaluga, Namens Peter, der andere, Semjon, war ein Bauer aus der Gegend von Wladimir. Sie besaßen nichts als ihre Kleider auf dem Leibe und ihre Arme. Mit diesen Armen verdienten sie bei schwerer, harter Arbeit täglich 40—45 Kopelen, wovon sie beide noch sparten — der Soldat auf einen Pelz und der Bauer auf ein Eisenbahnbillet zur Rückfahrt nach seinem Dorfe.

Wenn ich nun solche arbeitsfähige, gesunde Männer bettelnd auf der Straße traf, konnte ich mich nicht enthalten, zu fragen, weshalb diese betteln, während andere, die in vollkommen gleicher Lage sind, arbeiten.

Traf ich einen solchen Menschen, so fragte ich ihn gewöhnlich, wie er in eine solche Lage gelangt sei. So sprach mich eines Tages ein Bettler von bäuerlichem Aussehen mit leicht angegrautem Barte, im übrigen vollkommen gesund scheinend, um ein Almosen an. Ich fragte, wie er hiesje und woher er wäre. Er antwortete, daß er aus Kaluga stamme und nach Moskau gekommen sei, um Arbeit zu suchen. Anfangs habe er Arbeit gefunden — er habe mit einem Genossen zu-

ammen bei einem Hauswirth allerhand altes Gerümpel zu Brennholz zersägt und zerspalten. Nachdem sie diese Arbeit beendet hätten, seien sie auf neue Arbeit ausgegangen, doch hätten sie keine gefunden; sein Arbeitsgenosse habe sich von ihm getrennt, und nun treibe er sich bereits die zweite Woche ohne Arbeit umher, habe seine letzte Kopeke verzehrt und könne sich nicht einmal eine Säge kaufen. Ich gab ihm Geld auf die Säge und nannte ihm den Ort auf den Sperlingsbergen, an dem er sich zur Arbeit einfinden sollte. Mit Peter und Semjon hatte ich bereits vorher abgemacht, daß sie einem Arbeitsgenossen, den ich ihnen etwa zusenden würde, Beschäftigung zuweisen sollten.

„Komm' nur hin,“ sagte ich zu dem Bettler, „dort giebt's viel Arbeit.“

„Gewiß, komm' ich, freilich werd' ich kommen. Ist's denn ein Vergnügen, sich so herumzuschlagen? Gern werd' ich arbeiten.“

Er versicherte mir heilig und theuer, daß er kommen würde, und ich glaubte wirklich, daß er Lust habe, zu arbeiten und mich nicht betrüge.

Am nächsten Tage komme ich zu meinen beiden Bekannten auf den Sperlingsbergen und frage, ob der Mann gekommen sei.

„Nein, er ist nicht gekommen,“ lautete die Antwort.

Und so haben mich noch mehrere betrogen. Manche hatten mir vorgelogen, sie brauchten nur Geld auf ein Billet, um nach Hause zu fahren; ich gab ihnen das Geld, und acht Tage später traf ich sie doch wieder auf der Straße. Viele von ihnen erkannten mich wieder und gingen mir aus dem Wege; andere erkannten mich nicht und versuchten es noch einmal mit demselben Betrüge. Ich wußte jedenfalls so viel, daß es in der Mitte dieser Leute viel Betrüger giebt; aber auch diese Betrüger waren recht klägliche, elende Menschen, halbnaht und mager und krank. Es war das jene Klasse von Menschen, aus der sich die Erfrorenen und Erhängten rekrutiren, von denen wir täglich im Polizeibericht der Zeitungen lesen.

Beiträge zur deutschen Kultur- u. Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts

von
J. H. W.

(Nachdruck verboten.)

III.

Wilhelm Ludwig Welhrlin*) war geboren 1739 zu Bothnang in Württemberg als Sohn eines Landpredigers, studirte zuerst zu Tübingen die Rechte, verließ aber bald die Universität, diese Kloppfichterschule der Unwissenheit und ging als Hauslehrer nach Straßburg. 1763 begab er sich von hier nach Paris, studirte die neuere französische Literatur und erlangte vermöge seiner umfassenden Bildung und seines sprudelnden Geistes bald Zutritt zu literarischen und selbst zu hocharistokratischen Kreisen. Nach neunjährigem Aufenthalt, nur unterbrochen durch eine kurze Anwesenheit in London reiste er 1772 über die Schweiz und Italien nach Wien, in der Hoffnung, hier eine Staatsstellung zu bekommen. Es wurde ihm nicht schwer, zu den höchsten Cirkeln Zutritt zu erlangen, doch gerade hier stieß er auf vieles, was seine satyrische Ader herausfordern mußte.

„Ich fand, so schrieb er einem Freunde, kaum ein Duzend Menschen, welche die französische Sprache verstanden, ja noch mehr, man sprach nicht einmal deutsch, die hochdeutsche Mundart wurde verachtet. Der Adel taugte zu nichts, als bei feierlichen Gelegenheiten Gespalters von Perrücken zu bilden. Der dicke Bauch und das reichste Kleid waren das hauptsächlichste Verdienst. Es war die Zeit der Unwissenheit, des Hochmuths, der Steifheit, der Barbarei. Niemand fragte nach Kenntnissen, nach Geschmack, nach Wit, nach Büchern...“

Mit allen Waffen seines Spottes traf er diese Wiener Gesellschaft in seinen „Denkwürdigkeiten von Wien“, die ungeheures Aufsehen erregten, dem freimüthigen Autor aber 6 Monat Gefängniß und Verweigerung aus der Stadt einbrachten. Das vorige Jahrhundert verstand sich, wie man sieht, auch schon auf eine solche Beseitigung von Männern, die durch ihre Wahrheitsliebe un bequem werden. Er ging dann nach Regensburg, aber einige Bemerkungen über den „melancholischen Reichsversammlungskörper“ und die Gesandten, die er mit Lampen unter Hornblenden verglich, machten ihn auch hier unmöglich; er zog nach Augsburg, um hier dasselbe Schicksal zu erleben, wie in Wien und Regensburg. Hier in der Stadt der reichsten Kaufleute war es der düffelhafte Krämerstolz, die Protektions-Hoffartigkeit im Bunde mit Unwissenheit und Beschränktheit, die seiner kraftvollen ungebundenen Natur zuwider wurden. Er mußte auch Augsburg verlassen und fällt dafür in seinem Buch: Anselmus Rabiosus Reise durch Oberdeutschland ein freimüthiges Urtheil über die Stadt und den Geist ihrer Bewohner. Der Magistrat von Augsburg verbot das Buch, der von Nördlingen, wo Welhrlin darnach seinen Wohnsitz aufgeschlagen, konfiszirte die erste Auflage, auf welche dann aber drei andere folgten. Auch in Nördlingen traf ihn der Ausweisungsbefehl, er hatte

*) Ueber Welhrlin existirt eine Biographie nebst einem Auszug seiner Schriften von Dr. F. W. Gebeling, Berlin 1869, die wir benutzten.

hier eine Zeitung, „Felleisen“ genannt, herausgegeben, sich aber bald mit dem Verleger über die Haltung derselben veruneinigt. — Wetzlin zog sich nun 1778 nach dem naheliegenden Dorfe Baldingen zurück, das dem Fürsten Dettingen-Wallerstein gehörte. Hier in der Stille sammelte er eine Reihe eigenthümlicher Gedanken über Religion, Staat und Gesellschaft, Gedanken, die sich zehn Jahre später in der französischen Revolution siegreich Bahn brachen und die er unter dem Schutz eines freidenkenden Landesherren in zwanglosen Festsitz zu veröffentlichen begann. So entstanden die „Chronologien“, „Das graue Ungeheuer“, „Hyperboreische Briefe“ und „Paragrafen“, neben kleineren Schriften.

Unser Verfasser lebte in Baldingen in der ungewöhnlichen Weise und machte sich ein Vergnügen daraus, die Bauern sammt und sonders in Freigeisterei zu verwandeln, indem er des Sonntags Abends im Wirthshaus die Kirchenpredigt vor ihnen kritisierte und persiflierte.

Zehn Jahre vergingen so unter literarischer Beschäftigung, bei der ihm eine große Zahl von Correspondenten zur Seite stand. Die Liste dieser Mitarbeiter, die von dem bereits zitierten Ebeling ohne Anspruch auf Vollständigkeit gegeben wird, ist äußerst interessant, weil wir außer einem regierenden Fürsten (Herzog Karl zu Sachsen-Meiningen) noch eine ganze Reihe hochgestellter Staatsbeamten und sonst bekannter Literaten in ihr finden, ein Zeichen, daß sich der Geist der Aufklärung damals schon in vielen Köpfen Eingang verschaffte und daß die Spitzen der Aristokratie es damals noch nicht unter ihrer Würde fanden, mit einem ausgesprochen freidenkenden Schriftsteller in Verbindung zu treten.

Im Jahre 1788 erweckte Wetzlin aufs Neue die Wuth der Nördlinger gegen sich durch einen scharfen Angriff auf den Magistrat und die Stadt, der er mit Recht Inbecillität und Intoleranz der katholischen Bevölkerung gegenüber vorwarf. Die Schrift, die er in Baden an mehrere Bürger sandte, wurde öffentlich verbrannt, und der Rath forderte vom Fürsten Wallerstein, den kühnen Schriftsteller in Untersuchung zu nehmen. Dieser entrückte ihn der Wuth der Nördlinger, indem er Wetzlin auf das Schloß Hochhaus bringen und ihn dort in voller Freiheit schalten und walten ließ. Hier blieb er vier Jahre, mit glühendem Eifer dem Gange der eben ausgebrochenen Revolution folgend, ein aufmerksamer Beobachter des Umschwunges in Frankreich, „von wo aus der erste Nationalkodex und vielleicht die Anfangslinien zu einem wahren, der Gesellschaft anpassenden Gesetzsystern datiren dürften“.

Indessen als im Jahre 1792 Preußen Ansbach und Bayreuth besetzen ließ, reiste in ihm der Plan einer großen politischen Zeitung, die in Ansbach erscheinen sollte. Mit Unterstützung des Ministers von Hardenberg reiste er nach Paris, um Correspondenten zu werben. Die „Ansbacher Blätter“ konnten sich jedoch nur vier Monate halten. Er machte sich auch hier viele Feinde, die in Hardenbergs Abwesenheit das Gerücht aussprengten, die Franzosen seien im Anmarsch und Wetzlin, ein geheimer Jakobiner, habe die Stadt verrathen. Aufgeregte Volksmassen rollten sich zusammen und konnten nur mit Mühe von Mißhandlungen abgehalten werden. Die Polizei veriegelte seine Papiere und ertheilte ihm Hausarrest. Zwar ergab die Untersuchung die völlige Haltlosigkeit aller Anschuldigungen, aber Gram und Jörn warfen Wetzlin aufs Krankenlager, auf dem er am 24. November 1792 starb. Zwei Geistesgeheuchler durch religiösen Anspruch das Sterben zu erleichtern. „Wenn sie das wollen, antwortete er, so mögen sie mich mit ihrem Besuch nur verschonen.“

In Wetzlin besaß Deutschland einen der größten Geister des 18. Jahrhunderts, einen der bedeutendsten Kulturförderer seiner Zeit, der nach dem Urtheil Johannes von Müller's „für eine unberechenbare Ferne gedacht und gelehrt zu haben scheint“. Die Wuth, mit der er sein ganzes Leben hindurch verfolgt wurde, die Volksgunst, die er im reichsten Maße genoß, seine edle Unselbstständigkeit — er, der glänzend bezahlte Schriftsteller, mußte auf fremde Kosten beerdigt werden — sprechen in gleichem Maße für ihn und wenn die literarischen Todtengräber der Gegenwart ihn in dem dunklen Hintergrund ihrer banfälligen Kataomben beizusetzen belieben, so ist es an der Zeit, sein Bild in aller Reinheit wieder herzustellen und dem Volke wieder zugänglich zu machen.

Hören wir ihn nunmehr selbst. Seine Urtheile über verschiedene Fragen und Gegenstände des gesellschaftlichen Lebens können in uns fast den Glauben erwecken, daß sie von einem der vorgeschrittensten Menschen der Neuzeit herrührten. Er nimmt die Pariser Grisetten in Schutz und sagt von ihnen:

„Diese sind keine so verächtlichen Geschöpfe als ihr denkt. Die Wollust ist allerdings das verzogene Kind der Natur, aber wißt, daß ihr die Gesellschaft bisweilen mehr zu danken hat, als einer Tugend. Und so lange eure Gesellschaft noch so beschaffen ist, daß Menschen gezwungen sind, im Solibut zu leben, so lange wird und muß es Freudenmädchen geben.“

„Gurenkinder nennt ihr die Kinder der Liebe? Warum nennt ihr sie nicht richtiger Gesellschaftskinder, Vaterlandskinder?“

Wetzlin ist mit uns der Ansicht, daß die monogame Ehe als einzige legale Form der Geschlechtsbefriedigung nichts als Illusion, als äußere Maske ist, er will ein auf reinere, freiere Formen basirtes Verhältniß, das nicht durch gesellschaftlichen Beschluß oder Gesetz eingeführt werden soll, er hofft, daß sich dann die Ehe in Zukunft von selbst menschenwürdig gestalten werde und sich die geschlechtlichen Verhältnisse von allem

antlebenden Schmutz befreien. Mehr Ausfluß einer idealen Schwärmerei, eine in seiner Zeit allerdings nicht gerade seltene Erscheinung ist es, wenn er sagt:

„Wir errichten Arbeitshäuser, Findelhäuser, Geburtshäuser, Heilhäuser, mit einem Wort Zufluchtshäuser für alle Bedürfnisse des Lebens: laßt uns ein Bevölkerungshaus daneben stellen — ein Haus, wo unter dem Schatten einer weisen Polizei die Liebe das ungekränkte Recht einer feinen und honetten Herrschaft auszuüben vermöge. Ein Tempel der Grazie und des Beschwachs müßte es sein, mitten im Gaine der Geheimnisse errichtet, ein den schönsten unter den animalischen Funktionen der Gesellschaft gewidmetes Heiligthum, ein dem Staate geweihtes Institut, ein Asyl für isolirte Herzen, leidende Ehemänner und Frauen, für die gereinigten Freuden des Lebens, für überdrüssige Wittwen und schmachtende Wittwen, eine Vorbereitungsanstalt für angehende Eheleute, eine Akademie der Sitten und des Vergnügens, eine Deutschenfabrik — ein Bevölkerungshaus — wie ihr's immer nennen wollt. Hier müßte der empfindsame Mensch eine Freiheit finden, in der Stille dem Vergnügen zu opfern, hier müßte der Bürger sich unter dem Schutze des Staates den Freuden des Lebens überlassen, sein Dasein vervielfältigen und also den Pflichten der Natur und der Menschheit huldigen können. Der in mißvergnügter Ehe lebende Mann oder die mit einem kränkelnden Gatten gekraute Frau müßten hier Gelegenheit antreffen, sich mit dem Schicksal wieder auszuöhnen, der kräftige Jüngling, der unfeinwillige Dahnrei müßten eine Garantie gegen die Krankheiten der Enthaltsamkeit finden. Ohne Zweifel würde das Paster, das über den Anblick unseres Institutes erlassen würde, mit allem Zauber, der Päderastie, der Lustfische u. s. w. stehen und dem wahren Genus das Feld überlassen.“

Dieser Gedanke ist zwar eines bürgerlichen Ideologen durchaus würdig, enthält aber eine offene Kritik des Geschlechtslebens mit allen seinen Widernatürlichkeiten, wie wir es in der Form der heutigen Ehe sehen.

Die Lehren der Religion finden in Wetzlin einen entschiedenen Bekämpfer. Er erhebt sie sich durch seine Philosophie.

Gegenüber der Beweisführung, daß die Welt ebenso einen Schöpfer haben müsse wie jedes Gemälde oder sonstige Nachwerk, sagt er:

Newton mußte Bertrand haben, um das Weltstystem zu erklären. Wozu aber der Urheber des Weltstystems Bertrand haben, weil er es hervorbrachte? Ich denke nein. Werke der Natur sind nicht Nachwerke. Natur muß älter sein wie Kunst, sonst hieße diese nicht eine Tochter und Nachahmerin der Natur. Zum Nachahmen — was thut die Kunst anders — gehört Bestand, nicht aber zum Hervorbringen. Zwei Thiere begatten sich, sie zeugen ein drittes, ihnen ähnliches. Wissen sie, was sie machen? Mechanisch, aus Instinkt, bringen sie gewisse Bewegungen hervor, deren Resultat ihnen unbekannt ist. Ohne Ueberzeugung, ohne durchdachte Theorie und Absicht bilden sie aus ihren Säften und Bestandtheilen etwas Zufälliges.

Dies ist der Nisus formativus der Natur: Bestrebung der Materie sich in Formen zu bilden. Ein blindes Gesetz. Der Baum bringt ohne Kenntniß und Willen aus seinem Samen seinegleichen hervor.“

Oder er verspottet die Lehren der Religion: „Wer sollte“, schrieb er, „an der Unsterblichkeit zweifeln. Ich bin gewiß, einst an Ihrer Seite mit Horaz und Vater Abraham eine Schale Kustern mit Cypereiswein im Paradiese zu verschötern.“

Bekanntlich war der Unglaube schon im vorigen Jahrhundert bei der Masse der Gebildeten etwas Gewöhnliches, aber man vergaß niemals einen Unterschied zu machen zwischen sich und dem Volk. Für das Volk wäre die Religion unerlässlich, weil es sie durch kein philosophisches System ersetzen könnte. Auch Wetzlin spricht einmal ernsthaft diesen Gedanken aus, drückt sich aber auf anderen Stellen auf eine so wenig mißzuverstehende Weise aus, daß man an seiner wahren Meinung nicht zweifeln kann.

„Man sieht Staaten blühen, Jeden seine Pflicht thun, bürgerliche Tugenden ausüben, die kein Mensch leugnet, aber die Ursachen davon? Liegen sie in Religion oder Natur? Man ist gewöhnlich der ersten Meinung.“

Ohne Religion, glaubt man, lasse sich keine bürgerliche Verfassung denken, ohne Religion würde es keine geborgenen Unterthanen, keine Redlichkeit, keine Tugend geben, mit Wegnahme der religiösen Meinungen würde sich eine wohlgeordnete bürgerliche Gesellschaft in eine Räuberbande verwandeln. Folglich wäre Religion einer der Hauptgegenstände der Gesetzgebung.

Frägt man nun, wo liegt die Ursache zur Ausübung der bürgerlichen Pflichten, so antworte ich, sondern die Ursache a (Religion) von der Ursache b (Natur) ab und habt Acht, welche Wirkung daraus entspringt.

Zum Beispiel: Gebt das Gesetz und seine Zwangsmittel auf, laßt die Geistlichen folgende Kanzeltrede halten: Liebe Christen und Schafe, ihr wißt, daß unser Meister und Herr seinem Jünger Simon Petrus befohlen, den Zinsgroßchen zu bezahlen. Auch wißt ihr, daß geschrieben steht, gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist. Ferner sagt die b. Schrift, so jemand von dir verlangt, eine Mille zu geben, so gehe zwei. Unser Durchlauchtigster nun und seine Räte, die von der Lehre des Evangeliums entbrannt sind, haben alle Beamten, Soldaten und Büttel in die Hölle geschickt. Fernerhin wird man weder Steuern noch Dienste ausüben, sondern der Fürst verkauft sich auf euer Gewissen. Er weiß, daß ihr freiwillig aus Religion abtragen werdet, in Hoffnung der Seligkeit, welche denen bereitet ist, die ihre Zinsgroßchen ungemahnt darbringen und für eine Mille zwei frohden.“

Trägt mich meine politische Chemie nicht, so darf ich mich erlauben, die Leistungen, welche diese Predigt bewirken wird, auf mich allein zu übernehmen.

Wendet nun den Prozeß um, gebt ein durchaus weltliches Gesetz, laßt eure Büttel an der Rathhaustreppe ausrufen: „Morgen sind die Steuern zu bezahlen, daß ihr's wißt! Bei einem Thaler Strafe! Und abermorgen ist Hofentreiben! Bei fünfzehn Tagelöhnen!“

Ich wette das Experiment wird sich selbst übertreffen, es wird zum Erstaunen wirken. Was wäre nun das Resultat unseres Prozeßes? Das, daß der Satz, die Religion sei die Grundveste des Staates, die Seele der bürgerlichen Gesellschaft nichts weiter als ein Gemeinplatz ist, den eine gewisse Art Menschen kurzfristigen Gesetzgebern anzubinden verstand, um ihre überflüssige Existenz zu bewahren.“

Und auf einer anderen Stelle: „Der Grundsatz, daß der Staat nicht ohne Religion bestehen könne, ist ein Stedenpferd für Tyrannen, welche kein anderes Mittel besitzen, um sich zu behaupten. Bricht dieses Pferd zusammen, so hört der Vohn auf, ein Tyrann zu sein. Die Gesetzgebung verändert ihre Akse. Das an der Peinesföhren und das Hakerlingsföhren in der politischen Rechtschule kommt ab. Des dürfte allerdings die wichtigste Epoche sein, nämlich die Epoche des Völkerglücks, der tugendhaften Re-

gierungen, der Menschenfreiheit und der Harmonie der Gesehe.“

Bürgerliche Freiheit definiert Wetzlin:

„Vollkommen Herr seiner Handlungen sein, insofern sie innerhalb der Grenzen der Gesehe liegen.“

Keußerliches Gleichgewicht zwischen den drei Mächten des Staates, dem Herrn, der Regierung und dem Volk, ist politische Freiheit.

Eine Gemeinschaft ist nicht politisch frei, sobald die ausübende Gewalt sich des gesetzgebenden Amtes annimmt, oder wenn einer Nation die Mittel abgehen, ihren Vorstellungen Nachdruck zu verleihen. Die bürgerliche Freiheit steht am Abgrund, wenn die politische Freiheit geföhrt ist.“

Die Volkstimme ist der Richter der Könige, die einzige Macht, welche über ihnen steht. Wenn wir alle Nein sagen, möchte ich den König sehen, der noch Ja sprechen dürfte.

Der Agrarkommunismus in Graubünden und sein Untergang.

Von Adam Maurizio.

II. (Schluß.)

Nein, das Loos der ärmeren Bevölkerung ist durchaus nicht ein beneidenswerthes. Es giebt Thäler, deren ganzes Hab und Gut bei der Kantonalbank „verfehrt“ ist. In Folge der fortschreitenden Verschuldung und den Verpflichtungen, die ihnen der Staat aufladet (von denen noch weiter unten die Rede), werden die Gemeindesteuern immer drückender; so z. B. war die Sömmerung auf den Alpen früher unentgeltlich, denn es galt der Grundsatz, daß der Gemeindegewerke so viel Vieh auf die Alp unentgeltlich schicken darf, als er mit eigenem Heu überwintert; jetzt werden immer steigende Alptaxen erhoben, deren Gesamthöhe in mir bekannten Fällen bis zu 30—36 Franken pro Sommer und Kuh beträgt. In Folge Verschuldung, hoher Steuern u. s. w. wird der Nutzen der Allmend mit der Zeit für den Ärmern ganz illusorisch. Dazu kommt noch eine Verminderung des Ertrags der Alpen. Der Niedergang ist eine Folge der Verkleinerung des Alpenareals, Vertheuerung von Vieh und der Milchprodukte, und der großen Nachfrage nach Sömmerung.

Es wird allgemein zugegeben, daß die gesammte Alpwirtschaft bedeutender Verbesserungen bedarf, um mit dem Fortschritt der Landwirtschaft auch nur einigermaßen in Einklang zu stehen. Die Zerstückelung des Privatbodens zwingt gleichfalls zu Verbesserungen. Es giebt wenig arrondirte Güter. Am schlimmsten sieht es in dieser Hinsicht am Bergell aus, wo Landwirthschaft mit 3—4 Kühen oft 60—80 Wiesen besitzen. Oder ein noch schöneres Bild: wegen des ungleichen Standes werden die Bäume einem andern Grundstücke zugetheilt, so daß Grund und Boden dem einen, die Bäume, die darauf wachsen, einem andern Landwirth gehören. Bei Erbschaften verlangt Jeder den ihm zukommenden Theil und geht auf keine Diskussion ein. Ein Stall, Haus, oder eine Scheune hat sehr oft mehrere Besitzer. Ein klassenbewußter Bauer weist jede Zumuthung eines Tausches von sich, und behält lieber seinen $\frac{1}{8}$, $\frac{1}{10}$, ja $\frac{1}{20}$ Theil, den er natürlich nicht benutzen kann, als dieses Eigenthum gegen eine Wiese oder Geldentschädigung umzutauschen. Da zieht er doch vor, treu den „uraltehrwürdigen Gebrüchen“, auf den Tod eines lieben Verwandten zu warten, bei welcher Gelegenheit sein $\frac{1}{10}$ zu $\frac{1}{8}$ oder gar zu einer Hälfte sich abrundet.

So geht es mit zäher Beharrlichkeit weiter, die Söhne übernehmen die Aufgaben der Väter, ein rührendes Zeichen der Familienliebe. Man arbeitet doch nicht für sich, sondern ebnet den Weg zum Glücke künftiger Generationen. So sind diese „Kommunisten“. Genug, die Ärmern theilen nicht die Zufriedenheit des konservativen Gewährsmannes. Es gab auch von jeher eine starke Auswanderung der Landleute nach anderen europäischen Staaten und nach Amerika.

Es fragt sich nun noch, welchen Veränderungen die Alpwirtschaft durch die Industrie ausgesetzt ist. Es giebt im Kanton wenig kapitalistische Betriebe, zum Theil wegen der topographischen Gliederung, außer einem, der „Fremdenindustrie“. Wer zum ersten Male in die Schweiz kommt, wird über diese Benennung lächeln, und doch gründet sich auf dem Fremdenverkehr und dem Hotelwesen eine echte Industrie, die aus dem Kleinbetriebe entstehend zur Cooperation sich entwickelt, und wo sie auftaucht, die Allmend ruiniert. In einem Lande, in dem 70 pCt. der Bevölkerung Alpwirtschaft treibt, nur 30 pCt. Handel oder Handwerk (oft mit ersterer verbunden) muß diese Industrie neben dem Hypothekarwesen tiefgehende Veränderungen der ökonomischen Stellung der Bevölkerung herbeiföhren. Darüber belehrt besser als viele Auseinandersetzungen die kantonale Statistik (1888). Die 223 Gemeinden des Kantons ordnen sich nach dem versteuerten Korporationsvermögen pro Einwohner in der Weise, daß die als verschuldet bekannten, ferner diejenigen mit großem Fremdenverkehr oben an stehen, also gar kein Korporationsvermögen versteuern, die Gemeinden ohne Fremdenverkehr oder solche, in denen er erst seit Kurzem aufkommt, die am höchsten versteuert sind.

Nach der relativen Größe des versteuerten Privatvermögens pro Einwohner und der Größe der Erwerbsteuer im Ganzen geordnet, treten die Gemeinden in umgekehrter Reihenfolge auf. 21 Gemeinden haben gar keine Erwerbsteuer, die höchste weist St. Moritz der Luftkurort Davos und die Hauptstadt Chur auf. Das weltbekannte Bad St. Moritz glänzt in allen Rubriken, es zeigt das größte Privatvermögen pro Einwohner, die höchste Erwerbsteuer und gar kein Korporationsvermögen.

Natürlich wirken hier viele Nebenumstände, wie es bei den verwickelten Verhältnissen nicht anders sein kann. — aber im Großen und Ganzen bestätigt die Statistik unsere Behauptung. —

Bünden nimmt eine hervorragende Stellung in der gesammten Alpenwirtschaft ein, seine Alpen bilden 13 pCt. der Schweizeralpen und repräsentieren 9,5 pCt. des Kapitalwerths aller Alpen. Aus der 1864 von den Bundesbehörden angeordneten Statistik erhellt, daß es in der Zahl der Alpen die 3. Stelle einnimmt: Neuenburg 776, Bern 597 und Graubünden 596. Dem nach einheitlichen Normen festgestellten Kapitalwerth der Alpen nach, ist der Kanton der dritte: Bern 10,474 Millionen, Waadt 9,588, Bünden 7,347 Millionen Franken. Einen ungefähren Einblick in die Ertragsfähigkeit und Intensität der Ausnutzung gestatten die Angaben über die Zahl der Kuhstöße.*)

In Bezug auf die Gesamtzahl der „Stöße“ steht Bünden obenan: 63 317, die zweite Stelle erhält Bern: 39 965 „Stöße“ (hat eine fünfmal größere Bevölkerungszahl als Graubünden). Ein riesiger Abstand, der auf die hohe Ausnutzung der Alpen hinweist. Bestätigt wird dieser Schluß durch die folgenden Zahlen: Durchschnittszahl der „Stöße“ pro Alp für Bünden und St. Gallen 106 (ist die höchste aller Kantone); im durchschnittlichen Kapitalwerth per Stöß nehmen aber seine Alpen die zweitletzte Stelle ein, nämlich 116, und nur der ärmliche Kanton Tessin steht ihm mit seinen 88 Franken per „Stöß“ nach. (Zur Vergleichung fügen wir den höchsten Werth des „Stößes“ bei, nämlich den des Kantons Zug 1202.) Man kann wohl fragen, wie lange die Alpen die übermäßige Belastung mit Vieh aushalten, wie tief der Kapitalwerth sinken muß — bis die Bevölkerung zu einer rationalen Bewirtschaftung übergeht.

Auf dem Wege der Gesetzgebung mischte sich der Kanton schon oft in die Angelegenheiten der Gemeinden, — aber nach alter Regel wird vieles, das von Chur oder dem Sitz der Bundesbehörde Bern kommt, verworfen. Ein großer Theil der gesetzgeberischen Arbeit zielt auf Erhaltung der jetzigen Zustände, obgleich der moderne Staat sonst mehr auf Zentralisation wirkt. Er nimmt also einen den „Kommunisten“ entgegengesetzten Standpunkt ein. So werden die Gemeinden — Mangel der Städte und industriellen Entwicklung bringt dies mit sich — mit Ausgaben belastet, die in vorgeschrittenen Ländern der Staat trägt. Eine stehende Klage der Gemeinden bilden die Auslagen für den Unterhalt der Straßen und Schulen. Sie lassen die Kinder der Gemeindeglieder gern unterrichten, — nur die Anstellung eines neuen Lehrers wegen der Zunahme der Kinder von Pächtern etc. verursacht ihnen unjagbare Schmerzen. Die lantonale Schulgesetzgebung ist da ganz unzweideutig; ist die Zahl der Kinder groß, so müssen neue Lehrer angestellt, oft neue Schulgebäude errichtet werden, — und das Alles für „Fremde“! Ist jemals einem zivilisirten Europäer darüber zu klagen eingefallen, daß die Schule seines Ortes Fremde bejuche? Eine ähnliche Klage erregt der Gemeinde die Verpflichtung der Kesselfuhr für die Poststraße u. a. m. In der guten alten Zeit der ursprünglichen Naturalwirtschaft brauchte die Gemeinde weder Straßen noch Schulen, weder Forstverwaltung noch Sanitätspolizei.

Wir geben bereitwilligst zu, daß diese Ausgaben und wir zählen zu ihnen auch diejenigen der Sozialreform, ohne Gegenleistung geschehen, daß sie bei gleichzeitiger Auffaugung durch den Kapitalismus, die Almend und den Kleinbauernstand vernichten müssen, — aber wir können nun einmal auf diese wohlthätigen Einrichtungen nicht verzichten. Sie sind, wie man bei uns sagt, gut für die Schlosser, aber die Schmiede sterben daran.

Die Bevölkerung rächt sich am Staate und verwirft die vernünftigsten Gesetzesvorschläge. Bei der Abstimmung fiel unlängst der Gesetzesvorschlag zum Schutz der Weinberge vor der Reblaus durch, das gleiche Loos traf ein Zuchtstiergesetz u. s. f. (Der größten Theil des Kantons nehmen nicht Wein bebauende Gegenden ein, und die Mehrheit ging vom „demokratischen“ Standpunkt aus, daß der eine vor dem andern nichts voraus haben sollte; das Zuchtstiergesetz legte den Gemeinden ganz kleine Lasten auf.)

Die Politik Napoleons I.

Die Früchte der Revolution waren lediglich der Bourgeoisie und dem Bauernstand zu Gute gekommen; der Bourgeoisie: indem die feudalen Abgrenzungen innerhalb des Landes hinweggefegt waren und das ganze Land einheitlich eingerichtet war, der nothwendige weite Tummelplatz für die auf erweiterter Stufenleiter produzierende Industrie; der schmarogende Beamtenstand, die Geislichkeit, die Aristokratie, die Monarchie waren entfernt, welche ja sämmtlich auf Kosten der Bourgeoisie lebten; und endlich: die Bourgeoisie hatte jetzt das politische Heft in Händen, und wenn ihre Herrschaft auch noch nicht ganz durchgeführt war und namentlich dem Kleinbürgertum noch manche Konzessionen gemacht werden mußten, so wird man doch diesen Bundesgenossen, der seine Pflicht gethan hat, bald zur Nation bringen, und das Ideal des Abbe Sieyès ist so ziemlich erfüllt. Der Bauernstand hatte gewonnen, indem ihm die feudalen Lasten abgenommen waren, und er nun frei auf seinen Parzellen saß. Die üblen Folgen sollte er erst später fühlen, wo

ihn seine neue Besitzform mit Hypothekenschulden erdrückte und aus einem Frohndner der Aristokratie zum Frohndner der hypothekenselbstbesitzenden Bourgeoisie machte.

Die Folgen für die übrigen europäischen Staaten sind ziemlich klar. Naturgemäß werden sich Bourgeoisie und Bauernstand hier dasselbe verschaffen wollen; sie werden nicht auf Stein-Hardenberg'sche Gesetze warten, sondern werden eine Ballhausgesetzgebung haben wollen; sie werden große nationale Bewegungen inszenieren, um gleichfalls freie Bahn im Innern zu bekommen, und werden nicht auf den preussischen Zollverein warten; und sie werden dem aristokratischen und monarchischen Schmarogertum auf die Finger sehen wollen, etwa indem sie eine Konstitution verlangen, welche ihnen das Steuerbewilligungsrecht garantiert.

So unangenehm es für die französischen Adligen war, die Güter zu verlassen, welche vor Jahrhunderten ihre Vorfahren, die fränkischen Eroberer, mit dem Schwert in der Hand den Einwohnern abgenommen hatten, alle Stätten ihres Ruhms und Reichthums zu verlieren, um in der Fremde Haarträusler und Tanzmeister zu werden, so unangenehm es Ludwig war, in seiner Gewalt beschränkt zu werden und zum bloßen Popanz herabzusinken — ebenso unangenehm wäre dasselbe natürlich den deutschen Junkern gewesen, obgleich sie ihr Land weniger dem Schwert, als den Diebeskniffen ihrer Vorfahren verdankten, und für die deutschen Monarchen, obgleich sie immerhin ziemlich lächerliche Figuren abgaben neben der glänzenden Gestalt des französischen Königs. Und so ist es natürlich, daß sich alle reaktionären Staaten sofort verbündeten und möglichst das Uebel in der Wurzel auszurotten suchten, indem sie Frankreich vernichteten.

Freilich ist ein europäischer Großstaat seiner ökonomischen Entwicklung nach gegenüber Frankreich nicht reaktionär, und das ist England. England ist Frankreich voraus gewesen, ökonomisch und politisch.

Allein die Politik Englands geht dahin, alle übrigen Länder Europas seiner Industrie tributär zu machen. Es wird später an Europa das Ansehen stellen, das Land zu bilden, welches England mit Getreide versorgt, während England das Land ist, welches diesen Bauern Kleider und Plüße und alle industriellen Artikel liefert, die sie gebrauchen. Jetzt ist es noch nicht so weit; aber doch ist seine Bourgeoisie schon eifersüchtig auf die industrielle Entwicklung Europas und sucht sie mit allen Kräften zu hinterreiben; und zugleich ist seine Aristokratie erbittert über die französische Agrarrevolution. Und so ist England, weit entfernt, eine Stütze Frankreichs zu sein, ein Hauptstiel der Reaktion.

Der zweite Hauptstiel wird Rußland sein. Freilich, jetzt ist es noch unscheinbar. Ein großes Land mit einer dünnen Bevölkerung, ohne Export, ohne Import, kommt es gar nicht in Betracht, so scheint es.

Aber auch Rußland wird sich entwickeln, auch hier wird Industrie entstehen, die Einwohner werden sich dann rapid vermehren, und da das alles in wenigen Jahrzehnten vor sich gehen wird — es hat ja das übrige Europa als Versuchung vor sich und kann sich seine jahrhundertelange Arbeit aneignen — so wird eine außerordentliche ökonomische Stärke mit einer zurückgebliebenen politischen Form zusammentreffen. Der Gegensatz wird aus verschiedenen Gründen nicht so schreiend sein, namentlich deshalb nicht, weil der Staat schon einheitlich organisiert ist, und sich das Kapital also ungehindert ausbreiten kann. Es wird dann eine politisch reaktionäre Macht mit ungeheuren ökonomischen Kräften ausgerüstet die Freiheit Frankreichs bedrohen. Rußland ist der zweite Fels der Reaktion.

Die weitere Perspektive verschwimmt. Ungeheure Länder hinter Rußland, Indien, China — dieselben Verführungen; nur, daß hier alles verschwimmen wird, die Zeitdistanzen verschwinden, und alles sich zu einer einzigen Masse vereinigt, wenn man im Ausgang des 18. Jahrhunderts überblickt.

Die Welt ist verschworen gegen die Freiheit Frankreichs. Nun wohl, Frankreich wird auch einer Welt entgegentreten; und so faßt es die Kraft der Revolution zusammen in einen einzigen Hammer: Napoleon, und mit ihm beginnt es den gewaltigsten Heldenkampf, den je die Geschichte gesehen.

Das Programm ist klar: um die Gegner zu überwinden, muß man ihnen die Freiheit bringen. Man muß die reaktionären Staaten revolutionären, revolutionären von unten und von oben. Wo es möglich ist, werden Volksaufstände provoziert, denen man zu Hilfe kommt, und nach deren Sieg man das Land nach dem Muster der französischen Republik einrichtet; mit einheitlicher Verwaltung, dem bürgerlichen Gesetzbuch und Selbstbestimmung. Das Weitere wird sich schon von selbst machen. Oder, wie es in Deutschland geschieht, man setzt von oben her die Kleinstaaten hinweg und schafft große Staaten; man ist ja noch nicht am Ende; auch die werden noch dran glauben müssen und in einem einheitlichen Reich aufgehen; vielleicht wird man einen zentral-europäischen Staatenbund gründen, das alte römische Kaiserreich wieder auflieben lassen.

Klar ist die Politik gegen England: Nachdem der Versuch, durch die Eroberung Aegyptens den englischen Handel in die Hand zu bekommen gescheitert ist, bleibt die Handelsperre. Man erreicht dadurch erstens, daß England geschwächt wird, denn man unterbindet ihm die Lebensader; und zweitens fördert man dadurch die kontinentale Industrie treibhausartig, sodaß England zuletzt vor einem fait accompli steht und seine Gelüste von selbst aufgibt.

Und ebenso klar ist die Politik gegen Rußland und dem weiteren Osten: man muß diese barbarischen Länder unterwerfen, sie politisch in der Hand haben, um ihre Entwicklung nach Bedürfnis leiten zu können. Am besten wird man thun, wenn man Polen wiederherstellt, auf das man sich dabei am besten stützen kann, wenn man die geschichtlichen Traditionen und nationalen Gegensätze benützt, um Großrußland und Kleinrußland zu trennen. Das ist in großen Zügen die äußere Politik Napoleons.

Und noch heute, wo sich doch so manches verändert hat, ist der geniale Plan Napoleons im Wesentlichen eben so richtig, als er damals war. Manches hat er nicht voraussehen können; die Expansivkraft der kapitalistischen Produktionsweise war so groß, daß die englische Alleinherrschaft auf dem Weltmarkt spielend überwunden wurde; die damals unmöglich zu ahnende, märchenhafte Entwicklung der Technik hat eine Macht, die zu jener Zeit überhaupt noch nicht in Betracht kam, in Rechnung gebracht, die Vereinigten Staaten; und endlich haben sich die Dinge in Asien anders entwickelt, als man damals ahnen konnte.

Hätte Napoleon Erfolg gehabt, so wäre jetzt alles, alles anders. Die Entwicklung hätte sich viel schneller vollzogen, die Bourgeoisie hätte sich ausgewachsen können, um desto schneller dem Proletariat Platz zu machen; und vor allen Dingen wäre eine Aufgabe für das Proletariat schon gelöst, die sehr schwer sein wird: die Einigung Europa's.

Verschiedenes.

— In den „Annalen des Deutschen Reichs“ finden wir folgende Angaben über größere Streiks in Deutschland in der Zeit vom 1. Januar 1889 bis Ende April 1890. Als größere Streiks werden diejenigen bezeichnet, an welchen sich mehr als 10 Arbeiter beteiligt haben. Es sind 1131 Streiks mit 904 440 Arbeitern angegeben. Davon kommen

auf Preußen	289 283 Arbeiter
„ Elsaß-Lothringen	32 800 „
„ Hamburg	26 002 „
„ Sachsen	22 818 „
„ andere Staaten	23 947 „
Summa:	394 440 Arbeiter.

Davon waren „Kontraktbrüchig“ etwa 67 pCt., nämlich 264 407 Arbeiter. In Preußen allein waren 210 664 Arbeiter = 73 pCt. „Kontraktbrüchig“. „Gefündigt“ haben in Preußen nur 32 920 Mann, ehe sie in den Streik eintraten. Als milderjährig sind festgesetzt 11 pCt. aller Streikenden, der Bericht meint jedoch, daß sich die Zahl in Wirklichkeit erheblich höher stelle. Nach Gewerkschaften geordnet giebt der Bericht das folgende Bild. Es beteiligten sich an den Streiks:

190 375 oder 48 pCt. dem Bergbau angehörende Arbeiter
72 186 „ 18 „ den Baugewerben „
47 166 „ 12 „ der Textilindustrie „
16 665 „ 4 „ Metallindustrie „
68 060 „ 17 „ anderen Gewerben „

Von den Bergarbeitern in Preußen sind 99% pCt. kontraktbrüchig gewesen und nur 1% pCt. haben „gefündigt“.

Der Erfolg ist bei 1075 Streiks angegeben. Danach haben bei 187 Streiks die Arbeiter die Erfüllung ihrer Forderungen durchgesetzt, während bei 468 Streiks die Forderungen nur theilweise erfüllt sind, und 420 Streiks gänzlich verloren gingen. Man wird kaum fehlgreifen, die 58 Streiks, bei denen Nichts angegeben ist, zu den verlorenen zu rechnen; dann stellt sich der Erfolg, nach Prozenten berechnet, wie folgt:

ganz gewonnen	15 pCt.
theilweise gewonnen	44 „
ganz verloren	41 „

— Ein Streik aus dem Mittelalter. Fast jede gewerbliche deutsche Stadt hatte im Mittelalter ihre Handwerkerzünfte und Gesellenzünfte, ja selbst der Vogtort war auch da schon im Gebrauch durch Berufserklärungen von Meistern und sogar ganzen Ständen. Wie heute, wurden auch in früheren Jahrhunderten die Streikbewegungen mit allen Mitteln bekämpft; die dagegen erlassenen Reichsgesetze zeugen hinlänglich von der Verbreitung und Tiefe gewisser gewerblicher und sozialer Uebel damaliger Zeit; oft traf die Ausständischen für die Arbeitseinstellung Gefängnisstrafen. Einen Streik, welcher einen derartigen unglücklichen Ausgang nahm, berichtet die von Professor Dr. Roder herausgegebene Chronik der Stadt Billingen von Heinrich Hug aus dem Jahre 1552. Der Chronist erzählt, daß am St. Fidesstag (6. Oktober), einem Montag, früh am Morgen die Mäler in Billingen allgemein wegkamen, Meister und Knechte, und vermeinten sie mit ihrem bloßen Fährnehmen einen Rath zu zwingen, zu thun, wie sie wollten, und zogen gen Hasingen und zehrien da auf gemeinsame Kosten. Auf dieses hin schrieb der Rath an die von Oberdorf um Mäler. Die schickten uns 4 Mäler, die uns mit Mählern versehen. Da schrieb Herr Konrad Schellenberg für die Mäler (welche ausgestanden waren) und bat für sie; denn sie hatten ganz unredlich gehandelt, und darauf schrieb ihm der Rath wieder hinaus gen Hasingen, wer sie hätte hinweggeben heißen, der solle sie heißen wiederkommen. Auf dieses hin lagen die Mäler 18 Tagen mit großen Kosten zu Hasingen und verzehrien 40 Gulden. Da schrieb Herr Konrad Schellenberg abermals bittlich für sie. Der Rath aber schrieb ihm wieder bittlich hinaus, sofern die Mäler allgemein eines ehrbaren Rathes sich gefallen lassen wollen, so wolle der Rath sie bürgerlich strafen. Also kamen sie am Abend von St. Simon und Judtag (27. Oktober), der auf einen Sonnabend fiel, hierher. Da versammelte man den Rath und hieß sie ihre Degen auf dem Rathhaus auf den Tisch legen. Das thaten sie. Da legten sie vier in das Biessenfäß (Biessenfängniß), vier in das Oberfäß (Gefängniß auf dem oberen Thurm), und waren zwei (von den 14 Meistern) noch nicht hier; die kamen (nachher) auch daran. Am Montag Morgen aber (am 29. Oktober) lautete man früh zu Rath. Da erschienen die Weiber der Mäler alle vor dem Rath und baten für ihre Männer. Desgleichen that auch Graf Friedrich von Fürstberg und andere Edelleute. Der Rath aber kam endlich zu einem Beschluß und legte den Mählern insgesamt eine Strafe auf, wonach sie durch ihre Unterschrift das Versprechen geben mußten, dem Rath wegen ihres Anstandes in zwei Jahren zweihundert Gulden zu zahlen.“ So endete der Mälerstreik in Billingen Anno 1552.

— Die „Volkszeitung“ bringt folgendes Budget einer bäuerlichen Haushaltung in Opreußen:

Unsere Darstellung bezieht sich auf eine bäuerliche Besizung von 87 Morgen, zu welcher noch 31 Morgen abseits gelegene Wiesen gehören; es ist also eine mittlere Besizung. Es muß vorausgeschickt werden, daß das in Rede stehende Besizthum sich seit langen Jahren in derselben Hand befunden hat und gar keine Hypothekenschuld aufzuweisen hat. Erst neuerdings sind in

*) „Subrecht“, „Subessen“ oder „Stoß“, ist die Portion Weide, die eine Kuh zur Sommerung nöthig hat. Die meisten Weiden werden in solche Subrechte eingetheilt.

Folge der Uebergabe der Besitzung an den ältesten Sohn circa 4800 Mark Erbteil für die beiden jüngeren Geschwister eingetragen worden, so daß sich als erster Ausgabeposten die Zinsen zu 5 pCt. dafür ergeben = 240 Mk. Dazu kommen:

Klassensteuer	6,—
Grund- und Gebäudesteuer	16,10
(Kirchen-)Bankrente	11,20
Kommunalsteuern	36,—
Schulabgaben (z. T. Naturalleistungen)	11,50
Lohn- und Unterhalt für Dienstmädchen	180,—
den Pfrten	180,—
den Anecht	200,—
den Justmann	193,—
Wetbegeld	10,—
Hilfskräfte während der Ernte	30,—
Neuerlassenbeitrag	6,—
Ausgebirge der Eltern (pro Tag 1 Mk.)	365,—
Ausgaben für Holz	50,—
Summa der Ausgaben	1584,80

Es sind noch nicht in Ansatz gebracht der Unterhalt und die Kleidung des Besitzers und seiner Frau, Unterhaltungs- und Reparaturkosten der Gebäude, Neubeschaffungen an Ackergeräth. Das Grundstück bringt nach Abzug der Ausfaat — neben 400 Scheffel Kartoffeln —

70 Scheffel Roggen	5600 Pfd.
20 " Hafer	1000 "
10 " Gerste	700 "
12 " Buchweizen	780 "
8 " Erbsen	720 "
Sa.	8800 Pfd.

Zum Unterhalt der Wirtschaft sind erforderlich:

Brotkorn für 8 Menschen des Haushalts (die Hilfskräfte für die Hauptarbeitszeiten für 1 Mann gerechnet)	40 Scheffel	3200 Pfd.
Zu Grütze und Mus (Rehlisuppe)	6 Scheffel Gerste	420 "
6 " Buchweizen	390 "	
Für 2 Pferde neun Monate hindurch täglich 16 Pfd.		4320 "
Für Schweine täglich 6 Pfd.		2190 "
Sa.		10520 Pfd.

Der masureische Bauer hat also nach vorstehender Berechnung im Durchschnitt 23 bis 30 Scheffel Getreide für seine Wirtschaft zuzukaufen.

Dabei ist der Lebensstand der denkbar niedrigste. In manchem Jahr wird ein Schwein geschlachtet, in manchem auch nicht (Verlust durch Kottlauf u.) und von Fleischnahrung ist wenig die Rede. Es wird nur mit Speck abgemacht. Des Morgens wird Schnittke (Rüben) als Suppe zu Kartoffeln gekocht, mit Grütze wird nachgeschüttelt. Ein zweites Frühstück giebt nur in wenigen Wirtschaften und besteht dann nur in einem Stück

trockenen Schwarzbrottes. Ebenfalls gilt vom Besperbrot. Nur bei der Getreide- und Heuente wird ein Schnaps verabreicht. Zu Mittag wird Gemüse oder trockene Kartoffeln (namentlich im Winter und Herbst) gekocht. Zu Gemüse wird Grütze oder Mus als zweites Gericht aufgetragen. Die Kartoffeln — es wird mehr wie ein Viertelscheffel gekocht — werden mit aus Speck ausgebratenem Fett, wozu Wasser oder Milch gethan wird, zusammengemacht, als Suppe wird ebenfalls Grütze oder Reis dazu gegeben. Abends werden Kartoffeln als Suppe gekocht. Die Frühstück- und Abendgerichte sind ziemlich konstant. Mittags giebt außerdem noch Erbsen, Sauerkohl; Hering setzt der Bauer seinen Leuten sehr selten vor. Das Brot wird aus Roggen-Schrotmehl gebaden, und ein ziemlicher Prozentsatz gekochter Kartoffeln hinzugegeben. Auf dieser Frucht basiert überhaupt der ganze Haushalt. Kartoffeln dürfen bei keiner Mahlzeit fehlen; die Schweine erhalten täglich zwei bis dreimal Kartoffeln mit Kraut resp. Spreu vermengt. An Verkauf von Kartoffeln ist nicht zu denken, im Gegentheil, wenn die Kartoffeln nicht das ausgefetzte Quantum erreichen oder im Keller faulen, so kommt es — wie in diesem Jahre — vor, daß die Bauern sogar noch Kartoffeln zukaufen. Stellt man sich nun noch vor, daß es manche schlechte Wirtthe giebt, die sich im Winter verhalten lassen oder, was auch nicht selten vorkommt, durch die Verhältnisse gezwungen werden, Getreide zu verkaufen, so ist die Noth im Sommer groß. In diesem Jahr ist dies ganz besonders der Fall, und so ist es zu erklären, daß der Preis des Roggens einzelnen Gegenden Masurens gar bis zu 12 Mark pro Scheffel emporgeschwollen ist.

An baaren Einnahmen hat der besprochene Haushalt folgende:

Von zwei verkauften Stücken Rindvieh	ca. 300 Mk.
Von verkauften Schweinen	250 "
	550 Mk.

Diesen baaren Einnahmen stehen allem an baaren Ausgaben für Abgaben, Gesindelohn, Kirchen- und Schulleistungen etwa 630 Mark gegenüber. Den Fehlbetrag erwirbt der Bauer durch Verkauf von etwas Butter und Eiern. Viel ist das jedoch nicht, da die Milch, falls kein Schwein geschlachtet ist, zum Abmachen in der Wirtschaft verbraucht wird. In manchen Gegenden sticht der Bauer auf seinem Lande etwas Torf, den er zum Winter im nächsten Städtchen absetzt. In den meisten Fällen liefern die königlichen Forsten im Winter durch Holzrücken Verdienst. Derselbe ist auch bei dem besprochenen Haushalt geradezu Vorbedingung zur Existenz. Treten dann noch Fälle ein, wie z. B. daß mehrere Kinder vorhanden sind, welchen derjenige, der das Grundstück von den Eltern übernimmt, eine Menge Erbteil auszahlen muß, so kommt der Bauer bald von seinem Besitz; die Banken oder Privatpersonen, die etwas Geld darauf stehen haben, sind sehr oft gezwungen, das Grundstück in der Substantiation zu ersehen. Die Folge davon ist, daß das Besitzthum zerstückelt wird und die bisherigen Eigentümer zu Eigenenthümern oder gar Pächtern bei ihren früheren Nachbarn herabsinken.

— In einem Artikel des „Handelsmuseums“ finden wir folgende Daten über den **Prozentsatz des Lohnes und des**

Abrigen Kapitals in den Produkten. Es handelt sich um ein Produktionsquantum von 100 000 Mk. Es wird gezahlt

in den Staaten	Arbeitslohn, in Prozenten:	Rohmaterial, in Prozenten:	Allgemeine Auslagen:
Ger. Staaten	32,64	43,75	23,61
England	25,06	48,90	25,05
Frankreich	28,20	42,70	29,10
Deutscher Reich	22,80	50,00	27,20

In Amerika werden demnach die höchsten Arbeitslöhne bezahlt.

Die Berliner Volks-Tribüne

ist durch nachnante Personen zu beziehen:

- Ch. W. Greineisen**, Hamburg, Bergedorferstr. 3.
- H. Griesbad**, Pimbach in Sachsen.
- E. Geilert** in Döbeln (Sachsen), Hainischestr. 9.
- M. Gündel**, Joh. Georgenstadt (Sachsen), Schellergasse 38 B.
- J. Günther**, Dresden, Flegelstr. 24.
- Ch. Haase**, Kiel, Rehdenstr. 7.
- W. Hering**, Queblinburg, Schmalsestr. 60.
- G. Hahnfeld**, Essen a. d. Ruhr II, Weberstr. 52c.
- E. Herzog**, Neustadt in Sachsen.
- F. Joseph**, Hamburg, Katharinenstr. 2.
- W. Jark**, Forst i. d. Lausig, II. Portenstr. 10.
- G. Kießling**, Braunschweig, Rosenhagen 9.
- A. Kalltschmidt**, Nürnberg, Schlottergasse 14.
- A. Kunze**, Delitzsch, Eisenburgerstr. 358.
- Fr. Kernerke**, Potsdam, Brandenburger Kommunikation 16, II. Etage.
- J. Kralok**, München, Hochbrückenstr. 10, II.
- G. Knappmeyer**, Rostock i. Mecklb., Stampfmühlensstr. 10.
- Albin Langer**, Buchhandlung, Chemnitz, Ecke Brühl- und Pflanzstr.
- F. Leuschke**, Pirna a. Elbe, Langestr. 29.
- Fr. Ludwig**, Altona, Bürgerstr. 70.
- E. Luder**, Apolda, Jakobstr. 2.
- V. Liebig**, Hagen i. Westf., Jägerstr. 9.
- A. Lunde**, Friedrichshagen b. Berlin, Köpnickstr. 27.
- G. Matthias**, Langenbielau.
- F. Leutrich**, Dresden-N.
- H. Lischka**, Forst i. L., Injelstr. 13, II. Etage.
- J. Mähler**, Belten i. Mark, Friedrichstr. 25.
- H. Meyer**, München, Anselstr. 16.
- F. Matthes**, Lützenwalde, Brandenburgerstr. 19.
- H. Meyer**, Silberstein, Alter Markt 1525.
- G. Nikolai**, Mühlhausen (Thüringen), Jakobstieg 18.
- C. Neumann**, Bittau, Theaterstr. 26, II.
- W. Otto**, Leuchern, Zettlerstr. 4.
- H. Pohlmann**, Burg b. Magdeburg, II. Hof 6.

Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 28 im Beiblatt muß es in dem Artikel „Moralische Gedanken“ statt „Militarismus“ immer „Utilitarismus“ heißen.

Achtung!

Für die Mitglieder des Wahlvereins des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Unseren Mitgliedern und den Genossen des 6. Wahlkreises zur Kenntniß, daß der **Familien-Ausflug des Wahlvereins am Sonntag, den 19. Juli (dieser Sonntag)** nicht, wie erst beschlossen, nach Bernau, sondern nach **Schloß Schönholz** stattfindet, und zwar weil uns die Bahndirektion zu große Bedingungen gestellt hat.

Wir ersuchen nun alle Genossen, sowie sämtliche Gesangsvereine, sich an dem Ausflug recht zahlreich zu beteiligen.

Für diejenigen Genossen, die zu Fuß hinmachen wollen, ist **Abfahrtsort Morgens zwischen 8 und 9 Uhr bei Knebel, Badstraße 58, festgesetzt.**

Fahrplanmäßige Züge können benutzt werden vom **Stettiner Bahnhof** und **Bahnhof Gesundbrunnen.**

Um dem Ausflug einen entsprechenden Charakter zu geben, ersuchen wir nochmals um zahlreiche Beteiligung.

Bei Bedarf von **Glaser-Arbeiten**, sowie **Bilder-Einrahmungen** empfehle ich mich den Genossen. Nach Auswärts brieflich gegen Nachnahme. **Karl Scholz, Wrangelstr. 32, part.**

Genossen empfehle mein Hutgeschäft. **Arbeits nur mit Fabrikanten**, welche sich der **Kontrollmarken deutscher Hutmacher angenommen haben.** Bitte zu beachten: Köpnickstraße 126, nahe der Adalbertstraße.

Adolph Kehr.

Restaurant zum „Zukunftsstaat“
Adolph Scholtz,
Kassanien-Allee Nr. 35. (Bis 12 Uhr Nachts geöffnet).
Arbeiterliteratur inkl. „Gazeta Robotnicza“ liegt aus.

Meerschaaum-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.

Spezialität: **Portraits** bewährter sozialistischer Führer (Kassale, Marx u. A.), in **Cigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Schlipsnadeln, Mandettenknöpfen, Stöcken** und **Brodhen.** en gros. en detail.
B. Günzel, Brunnenstraße 157, am Rosenthaler Thor.

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle mein reichhaltiges
Cigarren- u. Tabak-Geschäft Spezialität: **Amerikanische, russische u. türkische Cigaretten.**
Ernst Arndt, Skalitzerstr. 107, Ecke d. Mantuffelstr.

Berliner Arbeiter-Bibliothek.

Herausgegeben von **Max Schippel.**
Soeben erschien Heft 14 der II. Serie:

Die deutschen Buchdrucker in ihren Kämpfen gegen das Kapital
von **Walther May**-Leipzig.
Preis pro Heft 20 Pf. — **Wiederverkäufern Rabatt.**

Mit dem 14. Heft hat die II. Serie der **Berliner Arbeiter-Bibliothek** ihren Abschluß erreicht und ist dieselbe allen Arbeitern und Parteigenossen zur Anschaffung zu empfehlen.

Um die Berliner Arbeiter-Bibliothek auch den weniger bemittelten Genossen zugänglich zu machen, haben wir den Preis der I. und II. Serie bedeutend ermäßigt. Bei Entnahme der ganzen I. Serie (Heft 1—12) kostet dieselbe **1 Mk.**, für Buchhändler **75 Pfg.** Die II. Serie kostet ganz (Heft 1—14) **1,65 Mk.**, für Buchhändler **1,25 Mk.**

Bei Entnahme von einzelnen Heften ist der Preis derselbe wie früher **0,15** und **0,20 Mk.**

Die Expedition der Berliner Arbeiter-Bibliothek
Berlin SO., Elisabeth-Platz 55.

Verantwortlicher Redakteur: **Paul Ernst**, Berlin. — Verleger und Drucker: **Maurer, Werner, Dimnick**, sämtlich in Berlin SO., Elisabeth-Platz 55.

Verband aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Großes Sommer-Fest

am Sonnabend, den 25. Juli, in der **Neuen Welt, Hasenhaide.**
Auftreten sämtlicher Spezialitäten. — In den Sälen **grosser Ball.**
Anfang 4 Uhr. — Die Kaffeefische ist von 2 Uhr ab geöffnet.
Billets vorher 25 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen und in den Zahlstellen zu haben. — An der Kasse 30 Pf.
Hierzu ladet freundlichst ein **Das Comité.**

Bibliothek politischer Reden. Heft 7 ist soeben erschienen.
Zu beziehen durch die **Verlags-Buchhandlung von Wörlein & Co., Nürnberg.**

Franzbinderei u. Blumenhandlg.

von **J. Meyer**
Berlin SO., Wienerstraße 1,
(in der Ecke bei der Mantuffelstraße).
Bekannte Preise. Auch Versandt.
Pünktlich und gut.
Fernsprecher, Amt IX, 9482.

Wendt's Salon

Kösterstraße 17, früher Brandenburgstr. 33.
Empfehle allen Freunden und Genossen meinen

Ball-Salon.

Rudolph Wendt.

Cigarren-Geschäft

F. Wiese
Kottbusser Platz, Ecke Skalitzerstraße 15
wird Qualitätsranchern in empfehlende Erinnerung gebracht.

Empfehle Freunden und Genossen mein reichhaltiges Lager von

Cigarren u. Tabake.

Dieselbst Zahlstelle des Metallarbeiter-Vereins und der Gürtler-Hilfskasse. Haupt-Agentur der Berliner Feuer-Versicherung.

Otto Klein

Kottbusser Damm 14, früher Ritterstr. 15.

Rohtabak

H. Herholz,

Brunnenstr. 145.

Bleistifte.

Genossen! Kauft nur die Bleistifte „Solidarität“ oder „Acht-Stunden-Arbeit“ von **Jean Bloss**, Stein bei Nürnberg. Lieferung franko auch kleine Bestellungen. Bei Abnahme von 10 Mark Werth Prozente.
Besonders die Vereins- und Gewerkschafts-Vorstände werden hierauf aufmerksam gemacht.

Bringe den Genossen mein **Weiß- und Bairischbier-Pokal** in Erinnerung. **Vereinszimmer mit Piano** zu vergeben.

Zahlstelle der **Metallarbeiter-Frankenkasse**, des **Metallarbeiter-Verbandes** und der **Töpfer.**

Otto Dietze,

Reinickendorferstraße 54.

Bringe meinen Freunden u. Genossen meine **Kind- u. Schweineschlächtereier** in freundliche Erinnerung.

Zentr.-Markthall. Stand 148.

Carl Aurin.

Stempel

aus **Kautschuk und Metall**
liefert schnell und billig die Fabrik von **Robert Hecht**
BERLIN S.
55, Oranien-Str. 55.
Wiederverkäufern hohen Rabatt.

Cigarren eigener Fabrik

von **Heinr. Bräuer**, Reichenbergerstr. 143.
Freunden und Genossen bestens empfohlen.

Die **Kolportage-Buchhandlung** von **H. Winner**, Iserlohn, Ohl 19, liefert auf Verlangen alle literarischen Werke, welche von **Max Schippel**-Berlin (**Berliner Arbeiter-Bibliothek**), **J. H. W. Dietz**-Stuttgart und vom Verlag des **„Vorwärts“** herausgegeben werden. — Empfehle den Genossen gleichzeitig die Bilder: **„Triumph der Arbeit“** und **„Karl Marx“**, sowie in kleinerem Format: **Herz, Kaffalle, Weiß, Brack, Kräder, Reinders, Kaiser, Hefenreuer** u. A.